Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus f. d. Woche v. 12.—17. Novbr. 170 Milliarden Mark. Einzelverkaufspr. 30 Milliarden Mark.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile od. deren Raum 20 Gold-Pfennige, auswärtige 25 Gold-Pfg., Versamml.-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Gold-Pfennige, Reklamen 80 Gold-Pfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf 926 nur Geschäftsstell 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 262. Donnerstag, 15. November 1923. 30. Jahrgang.

Preisgabe des Ruhrgebiets.

Der Bergbau wird stillgelegt. / Alle Arbeiter und Angestellte entlassen.

SPD. Bochum, 14. November. (Eig. Drahtber.)

Am Dienstag teilte der Vertreter des Zechenverbandes bei einer Verhandlung der Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten des westfälischen Bergbaues mit den Unternehmern mit, daß sämtliche Arbeiter und Angestellte am 15. ds. Mts. entlassen bezw. gekündigt würden. Begründet wurde diese unglaubliche Maßnahme mit der Behauptung, daß die Zechenbesitzer nicht mehr in der Lage seien, den finanziellen Anforderungen nachzukommen. Auf eine Anfrage, ob die Kündigungen auch für diejenigen Betriebe in Frage kämen, die zwar im besetzten Gebiete lägen, aber genügenden Absatz hätten, und auch den Bergbau im unbesetzten Gebiet beträfen, wurde lediglich erklärt, daß dies wahrscheinlich nicht der Fall sein werde. Die Vertreter der Arbeiter wandten sich entschieden gegen das Vorhaben der Unternehmer.

Auf der Rombacher Hütte ist am Mittwoch bereits sämtlichen weiblichen und ledigen männlichen Personen zum 1. Dezember gekündigt worden. Die Entlassung findet bereits am Donnerstag statt. Das Gehalt wird bis zum 1. Dezember gezahlt.

*

Das Endglied in der Kette des deutschen Verhängnisses!

Dr. L. Lübeck, 15. November.

Den Schleier herunter! Die Ernte der „patriotischen" Politik seit dem Abgang Wirths ist reif. Wir stehen unmittelbar vor der Losreißung der Rheinlande von der deutschen Republik.

Sagt endlich dem Volke die Wahrheit! Sagt ihm, daß die reinbürgerliche Politik seit Cunos Beginn einen entsetzlichen und erbärmlichen Zusammenbruch erlebt hat. In der Außenpolitik nicht minder als in der Innenpolitik!

Glauben die Herren von der Volkspartei und die in ihrem Schlepptau schwimmenden Demokraten, sie könnten diese Tatsache verschleiern, wenn sie fortwährend von dem Mißerfolge des Marxismus und der Sozialdemokratie phantasieren? Seit dem Sturze der Regierung Wirths ist der Einfluß der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung so gut wie ausgeschaltet. Seitdem regiert in Deutschland die Volkspartei, sei es unter der Firma Cuno, sei es unter der Firma Stresemann.

Der Geschichtsschreiber wird diese Zeit einst als eine Zeit beispiellosen Niedergangs eines Volkes und eines Reiches bezeichnen. Nicht die Macht der Tatsachen hat in den letzten Wochen das deutsche Volk geleitet und die Regierungsentschlüsse bestimmt. Die hohle Phrase, das gedankenlos hinausgeplärrte Schlagwort beherrsche alles. Wie hat man uns mit der heraushängenden Zunge des abgehetzten Hundes begeifert, als der „Volksbote" den Mut aufbrachte, schon im Januar gegen das dumme und öde Schlagwort von der „nationalen Einheitsfront" und der „endlich entschlossenen Abwehrfaust" Cunos aufzutreten.

Wer spricht heute noch von der „Abwehrfaust"? Wer? Der passive Widerstand mußte eines Tages in sich zusammenbrechen! Er ist zusammengebrochen! In Wirklichkeit war er schon im Juni endgültig verloren.

Man gab ihn trotzdem nicht auf. Eigensinnig blieb Cuno „fest"; bis die deutsche Wirtschaft endgültig zerschlagen und zertrümmert war; bis die deutsche Währung im Sumpf der „nationalen Begeisterung" endgültig versunken und verfault war.

Tausende Schwüre leisteten die Herren, die beim Braten ebenso patriotisch sind wie beim Wein, daß das Rheinland niemals preisgegeben werde. Und jetzt?

Das deutsche Bürgertum hat sich während des Krieges an der Nase herumführen lassen; aber nach dem Kriege erst recht. Es braucht nur einer irgend ein patriotisches Lied anzustimmen, und jedermann gröhlt mit und hält sich dann für einen vorzüglichen Deutschen. Und wehe dem, der diesen schönen Glauben durch Wahrheit und Wirklichkeit stören will. Er ist verflucht; er ist ein „Vaterlandsverräter"!

Vielleicht sind auch einigen bürgerlichen Kreisen in der Zwischenzeit die Augen aufgegangen. Wo sind die Erfolge dieser neudeutschen patriotischen Begeisterung? Wo?

Nicht nur die Arbeiter stehen am Grabe des Hungers! Geht es dem Handwerk besser? Und wo ist der Besitz der Kleinhändler? Wo? Alles zerstört; alles vernichtet; alles aufgeflogen.

Wofür? **Sogar die Reichsregierung ist jetzt bereit, oder sogar entschlossen, Rhein und Ruhr zu opfern. War das alles nötig?**

Das Verhängnis Deutschlands begann mit Cuno. Es endigt mit dem Verlust der Rheinlande und Westfalens. Die Kette schließt sich.

Die Zukunft wird Anklage erheben gegen das deutsche Bürgertum. Wird vor allem Anklage erheben **gegen die Deutsche Volkspartei.** Mit großen Worten von Opferbereitschaft und Vaterlandsliebe wird in Deutschland seit einem Jahr Politik gemacht. Die Taten aber waren das erbärmlichste an kapitalistischer Selbstsucht, Steuerdrückebergerei und Vaterlandsverrat.

Der Bauch des Großkapitals und der Großbanken ist riesenhaft geschwollen. Das Volk aber kann verhungern wann es will. Und das Reich? Es steht vor seinem Ende.

Wir werden nicht aufhören Anklage zu erheben. Und wir werden nicht aufhören, das System zu bekämpfen, das unser Elend heraufbeschworen hat. Auch in Lübeck!

Wir sehen heute nur noch einen Ausweg, um das Letzte abzuwenden: die Arbeiterschaft muß in der deutschen Regierung wieder den Einfluß gewinnen, der ihr gebührt. Rücksichtslos wird die Sozialdemokratie den Kampf aufnehmen mit der hohlen Schlagwortpolitik des Bürgertums. Sie wird entschlossener als jemals ihre Hand nach der Macht ausstrecken müssen. Es geht jetzt ums Letzte, um den Bestand der Republik.

Und in diesem Augenblick ist Kampf für die Republik Kampf für Einheit, Freiheit und Recht!

Heute schon wenden wir uns an die Proletarier Lübecks! Es steht ein schwerer Wahlkampf bevor! Helft uns! Stärkt die Reihen der sozialdemokratischen Partei!

Soll Hunger und Schlendrian noch lange in unserem Vaterland regieren? Nein und tausendmal nein! Nur dann wird unser Kampf siegreich sein, wenn der letzte Arbeiter unter unsere Fahne kommt und seine Pflicht tut.

Furchtbar ist die Zeit; furchtbar werden die Kämpfe der nächsten Wochen und Monate werden.

Den letzten Kämpfer muß das Proletariat aufbieten, wenn es bestehen will.

Der Reichstag soll endlich sprechen!

Der Aeltestenrat des Reichstags, der ursprünglich erst am Freitag tagen sollte, wurde plötzlich bereits am Mittwoch abend zu einer Sitzung zusammenberufen, um zu der Frage der Einberufung sowohl des Plenums wie auch des Auswärtigen Ausschusses Stellung zu nehmen. Entsprechend dem am Dienstag vom Vorstand ihrer Fraktion gefaßten Beschluß waren die Führer der Sozialdemokratie bereits im Laufe des Tages beim Reichskanzler dahin vorstellig geworden, daß Plenum und Auswärtiger Ausschuß zu einem möglichst frühen Termin einberufen würden. Dr. Stresemann brachte sein Einverständnis mit einer Einberufung des Auswärtigen Ausschusses für Freitag oder Sonnabend zwecks Stellungnahme zur Rhein- und Ruhrfrage zum Ausdruck, sodaß diese Frage im Aeltestenrat ohne Schwierigkeiten geregelt werden konnte. Man einigte sich dahin, den Auswärtigen Ausschuß am Sonnabend, 10 Uhr vormittags, zusammentreten zu lassen, wobei beschlossen wurde, daß aus den einzelnen Fraktionen je zwei oder drei Abgeordnete aus dem besetzten Gebiet als Sachverständige hinzugezogen werden sollen.

Schwieriger gestaltete sich die Frage der Einberufung des Plenums, die zu einer eingehenden Debatte Anlaß gab. Der Staatssekretär der Reichskanzlei, Dr. Kempkes, der den Reichskanzler in der Sitzung vertrat, ersuchte dringend, den Zusammentritt des Plenums bis zur nächsten Woche zu verschieben. Dagegen wurde von den Vertretern der sozialdemokratischen Partei sowie der Deutschnationalen Volkspartei betont, daß man nach früheren Erklärungen der Regierung mit der Einberufung des Plenums noch im Laufe der jetzigen Woche hätte rechnen dürfen. Es folgten dann längere Auseinandersetzungen, wobei die Vertreter der Demokraten, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums den Vorschlag machten, man sollte sich mit einer Einberufung für den nächsten Donnerstag abfinden. Demgegenüber erklärten die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, daß der allerspäteste Termin, dem sie ihre Zustimmung geben könnten, der kommende Dienstag wäre, nachdem von Zentrumsseite gegen eine frühere Einberufung der Einwand erhoben worden war, daß zahlreiche Abgeordnete auf den besetzten Gebieten infolge bereits eingegangener Verpflichtungen vor Dienstag nicht in Berlin sein könnten. Von bürgerlicher Seite wurde ferner der Einwand erhoben, daß am Mittwoch nicht getagt werden könnte, weil dieser Tag der Bußtag sei. Daraufhin erklärte Genosse Hermann Müller, man müßte, so wie die Verhältnisse heute lägen, unter Umständen auch am Bußtag tagen, und wenn an diesem Tage eine neue Regierung gebildet werden müßte, so wäre es durchaus zweckmäßig, daß sie als „Bußtagsregierung" ihre Tätigkeit beginne.

Der Abg. Beierle als Vertreter der Bayrischen Volkspartei warf bei dieser Gelegenheit die Frage der Möglichkeit einer Regierungskrise auf. Genosse Müller bemerkte dazu, daß auch die Sozialdemokratie die Auffassung vertrete, daß, wenn eine Regierungskrise ausbrechen würde, die neue Regierung unverzüglich gebildet werden müßte, sonst würde nur die Auflösung des Reichstags übrig bleiben, die zu scheuen die Sozialdemokratie keine Veranlassung habe. Schließlich entschied sich die Mehrheit des Aeltestenrates für die Einberufung des Plenums am Dienstag vormittag.

*

SPD. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: „Die Demobilmachungsverordnungen über die Arbeitszeit der Arbeiter und Angestellten laufen am 17. November ab. Nach Behauptungen, die in der Presse aufgestellt werden, beabsichtigt die Regierung, eine Verlängerung dieser Verordnungen nicht vorzunehmen.

Wir fragen die Reichsregierung, ob das richtig ist und ob sie tatsächlich einen Zustand herbeiführen will, der die Arbeitskraft der deutschen Arbeiter und Angestellten willkürlicher Ausbeutung schutzlos preisgeben würde?"

Ausgabe der Rentenmark!

Immer größerer Geldwirrwarr.

Das Reichsfinanzministerium wird am 15. November mit der Ausgabe der Rentenmark beginnen, obwohl, wie von der Regierung behauptet wird, der Buchdruckerstreik einen Ausfall von 300 Millionen Rentenmark verursacht hat. Die Ausgabe des neuen wertbeständigen Zahlungsmittels wird sich durch ein unverzinsliches Darlehn von 80 Millionen R.M. an die Regierung vollziehen. Schon vor Tagen sind beträchtliche Summen den Zahlungsstellen in der Provinz zugeleitet worden. **Den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Reiches und der Länder usw. soll zunächst 30 Prozent des Lohnes wertbeständig gezahlt werden.** Dieser Satz wird sich dann von Woche zu Woche steigern. Mit der Ausgabe der Rentenpfennige ist nach offiziösen Mitteilungen ebenfalls bald zu rechnen, und zwar sollen zuerst 1- und 2-Rentenpfennig-Stücke, die aus Kupfer bestehen, ausgegeben werden. Die höheren Einheiten bestehen aus Aluminiumbronze und sehen den früheren Scheidemünzen sehr ähnlich.

Von einer reibungslosen Einführung der Rentenmark kann nicht die Rede sein. Da die Beamten- und Arbeiterschaft den größten Teil ihres Lohnes für eine Zeit, deren Dauer man noch nicht kennt, nicht im wertbeständigen Gelde erhalten, wird die Reichsbank gezwungen sein, weitere Papiermarkemissionen vorzunehmen. Die Deckung durch Staatsschuldverschreibungen ist nach Ausgabe der Rentenmark nicht mehr statthaft. Zur Vermeidung einer weiteren Inflation ist unbedingt eine Deckung nach Maßgabe des veränderten Bankgesetzes geboten. Eine bestimmte Erklärung dieser Reichsbank könnte viel zur Beruhigung der Gemüter und zur weiteren Zirkulationsfähigkeit der Papiermark beitragen.

Im übrigen wird die Ausgabe der Rentenmark, wie sie jetzt vorgenommen wird, die Schwierigkeiten der Uebergangszeit nur noch vergrößern. Die Preise und Tarife sind durchweg auf Goldmarkbasis festgesetzt und müssen, solange die Arbeiter- und Beamtenschaft nicht voll mit wertbeständigem Gelde bezahlt wird, von ihr nach Maßgabe des Multiplikators mit Papiermark bezahlt werden. Der Markkurs der Berliner Notierung, nach dem sich heute der Multiplikator durchweg richtet, wird aber, wie bereits in den letzten Tagen, sinkende Tendenz zeigen. So ist z. B. die Goldmark vom Montag bis Mittwoch von 150 auf 300 Milliarden Mark gestiegen. Sehr wahrscheinlich wird sich diese Steigerung angesichts der Ausgabe der Rentenmark fortsetzen. Damit vergrößert sich der Multiplikator und mit ihm auch wieder automatisch die notwendige Papiermarksumme. Für den Arbeiter, der noch wochenlang in Papiermark bezahlt werden soll, bedeutet die behinderte Ausgabe der Rentenmark allgemeine Verteuerung der Waren und für die Wirtschaft und den Handel Geldknappheit mit ihren unangenehmen Begleiterscheinungen.

Börsenbericht.

SPD. Die Reichsbank erhöhte am Mittwoch die Kurse für ausländische Zahlungsmittel um 50 Prozent. Es notierten in Millionen Mark: New-York 1 256 850 bezw. 1 263 150, Holland 478 800 bezw. 481 200, Belgien 59 850 bezw. 60 150, London 5 486 250 bezw. 5 513 750, Paris 69 825 bezw. 70 175. Schweiz 219 450 bezw. 220 550. Zugeteilt wurden auf Devisen 1 Prozent. Goldanleihe wurde mit 1260 Milliarden bei 0,25 Prozent Zuteilung notiert. Dollarschatzanweisungen waren gestrichen. Die Goldmark stellt sich auf 300 Milliarden.

Auf dem Produktenmarkt herrschte feste Tendenz. Der Weizen stieg auf 201,5 bezw. 210 Goldmark, der Roggen auf 189 bezw. 193.

Dollar 2520 Milliarden.

1 Goldmk. 600 Milliarden, 1 Goldpfg. 6 Milliarden.

Auf Umwegen.

Wie der Achtstundentag beseitigt werden soll.

Die Demobilmachungsverordnungen über die Arbeitszeit der Arbeiter und Angestellten laufen nur noch bis zum 17. November. Von der jetzigen Regierung ist beabsichtigt, eine Verlängerung nicht mehr vorzunehmen. Die Folge davon wäre, daß vom 17. November ab eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in Deutschland überhaupt nicht mehr besteht. Ob der Reichstag zusammentritt und ob er in absehbarer Zeit das Arbeitszeitgesetz verabschiedet, ist gleichfalls mehr als zweifelhaft.

Im Zusammenhang damit muß es auffallen, daß die Entlassungen von Arbeitern und Angestellten auch dort, wo wirtschaftliche Gründe nicht vorliegen, immer mehr zunehmen und bei Neueinstellungen die Anerkennung des Zehnstundentages von den Unternehmern verlangt wird. Aehnliche Tendenzen zeigen sich auch bei den Tarifverhandlungen in den letzten Tagen. Es kommt hinzu, daß in einer offiziösen Pressenotiz schon vor einiger Zeit angedeutet worden war, daß auch ohne die Behandlung des Arbeitszeitgesetzes im Reichstag die Frage der Arbeitszeit ihre Erledigung finden könnte. Das alles deutet darauf hin, daß die Anhänger des Zehnstundentages sich auf der ganzen Linie im Vormarsch befinden und der Reichstag von der Regierung mehr oder weniger schon vor vollendete Tatsachen gestellt werden soll. Die sofortige Einberufung des Reichstages und die unverzügliche Behandlung der Arbeitszeitfrage sind daher ein Gebot der Stunde. Bis dahin ist aber unbedingt zu fordern, daß das jetzt geltende Recht in Kraft bleibt, wenn man nicht absichtlich einen Kampf um die Arbeitszeit in ganz Deutschland heraufbeschwören will.

Den Bayern gehen die Augen auf?

SPD. München, 14. November. (Eig. Drahtber.)

Durch den mißglückten Hitler-Putsch sind vor allem auch die antikatholischen Tendenzen der nationalsozialistischen Bewegung zum Durchbruch gekommen. So ist in der Straßenagitation der letzten Tage eine gewisse Redensart, daß bei der Rache für den Verrat Kahrs (der übrigens Protestant ist) neben den Juden und Sozialdemokraten vor allem auch die „Pfaffen" drankämen. In einem an die Arbeiter gerichteten Flugblatt wird Kahr als „Werkzeug des römischen Jesuitismus" bezeichnet, den Arbeitern ewige Versklavung unter der Reaktion der Pfaffen und Juden prophezeit. Zu diesen Vorgängen schreibt nun heute die katholische Presse in München, die zugleich auch das Sprachrohr der bayrischen Regierung ist: „Es ist also tatsächlich so weit gekommen, daß in der katholischen Hauptstadt eines katholischen Landes eine systematische Hetze gegen die katholische Kirche ins Werk gesetzt wird und zwar von Leuten, die in ihrer Mehrheit weder ihres Glaubens noch ihres Landes sind. Damit sind wir gewarnt und es wäre unverantwortlicher Leichtsinn, diesen Männern noch einmal das Vertrauen zu schenken. **Jetzt muß allseitige Klarheit geschaffen werden.** Was in dieser Hetze in den letzten Tagen die Studenten an Roheit der Gesinnung geleistet haben, die sich im Verein mit halbwüchsigen Schulbuben offen gegen die Staatsgewalt betätigt haben, übersteigt das Maß selbst der bayrischen Gutmütigkeit. Wir fordern, daß diesem Unfug ein schnelles Ende gemacht wird und daß jene Herrschaft an der Universität aufhört. Wie muß das Beispiel dieser „Edelsten der Nation" auf die anderen Volkskreise, besonders auf die Arbeiter, wirken?"

In dieser antikatholischen Tendenz liegt auch einer der Gegensätze begründet, die heute zwischen Kahr und der Bayrischen Volkspartei bestehen und kaum mehr überbrückbar sein dürften. Denn nachdem Ehrhardt und Hauptmann Heiß von der „Kriegsflagge" sich offen hinter Kahr gestellt haben und dieser ihre Dienste angenommen hat, ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, daß diese Männer, die sich von Hitler in keiner Weise grundsätzlich unterscheiden, sehr bald das volle Vertrauen der Staatsgewalt in Bayern haben werden. Lassen doch Ehrhardt und Heiß heute schon erklären, sie hätten sich dafür eingesetzt, daß nach eingetretener Beruhigung eine Amnestie erlassen wird und die verbotenen „nationalen" Verbände bald wieder unter neuer zuverlässiger Führung die Möglichkeit weiteren „nationalen" Arbeitens erhalten. Das ist offenbar auch das Ziel des Herrn v. Kahr und seiner Hintermänner, nicht aber das Ziel der Bayrischen Volkspartei und der Regierung Knilling. Als gebrannte Kinder scheuen diese das Feuer und darum trachten sie unter allen Umständen danach, in dieser Richtung weitgehende Sicherheitsmaßnahmen zu treffen. Es besteht auch Grund zur Annahme, daß für diese Sicherheitsmaßnahmen bereits wesentliche Vorarbeit geleistet worden ist.

Beerdigung der Münchener Opfer.

München, 14. November.

Am Dienstag und Mittwoch erfolgten die Beerdigungen der am Freitag auf seiten Hitlers Gefallenen. Obwohl die Zeit der Beisetzung geheim gehalten war, hatten sich Hunderte von Leidtragenden auf den einzelnen Friedhöfen eingefunden, darunter geschlossene Abteilungen der aufgelösten Verbände „Oberland", „Reichskriegsflagge" und der Nationalsozialisten. An drei Beisetzungen nahm auch Ludendorff teil, der sich immer noch nicht in Schutzhaft begeben hat. Er ergriff jeweils das Wort zu einer kurzen Ansprache. Am Sarge seines Dieners betonte er, daß er dem Gefallenen, der neben ihm und für ihn gefallen sei, ebenfalls Treue halten werde im Kampf um das kommende, zu schaffende völkische Groß-Deutschland. In einem Nachruf eines Nationalsozialisten wurde Rache für die Toten geschworen. Besonders zahlreich war das Trauergefolge bei der Verbrennung der Leiche des Kampfbund-Sekretärs v. Schaubner-Richter. Neben den Angehörigen waren viele Offiziere in Uniform erschienen, ferner Ludendorff, Minister a. D. Roth und viele Mitglieder der nationalsozialistischen Sturmabteilungen sowie Studenten. Durch Handauflegen auf den Sarg beteuerten die anwesenden Führer, unter ihnen Kapitän Ehrhardt, der nationalen und völkischen Bewegung zum Siege zu verhelfen.

Woher hatte Hitler seine Autos?

SPD. München, 14. November.

Wie man jetzt erfährt, sitzt eine ganze Reihe führender Persönlichkeiten der Kampfverbände hinter Schloß und Riegel, darunter auch Hitlers Generalstabschef Major Streck und der Führer des Bundes „Oberland", Dr. Weber. Gegen letzteren ist auch Anzeige erstattet wegen Diebstahls und Erpressung unter erschwerten Umständen, da er, nachdem bereits von Regierungsseite die Tat Hitlers als hochverräterischer Putsch gekennzeichnet war, in einem Industriewerk Münchens drei Automobile requirierte mit der Drohung, die Besitzer würden im Weigerungsfalle sofort an die Wand gestellt. Nur durch die Bestechung der Hitlerschen Chauffeure gelang es, die Automobile wieder in die Hand der rechtmäßigen Besitzer zu bringen. Requirierte Autos von anderen Firmen sind indessen bis zur Stunde noch nicht wieder herbeigeschafft.

Das Ende der sozialistischen Presse in Bayern.

München, 14. November.

Durch das Verbot der sozialdemokratischen Presse in Bayern sind die sozialdemokratischen Parteibetriebe außerordentlich schwer getroffen. Größtenteils fehlen die Mittel, um die Arbeiter und Angestellten auch nur für eine einzige Woche über Wasser halten zu können. Ob die Inanspruchnahme der Erwerbslosenfürsorge möglich ist, muß nach dem Vorkommnis in Hof bezweifelt werden. Hier wurde anläßlich eines früheren Verbots des dortigen Parteiblattes den durch das Verbot arbeitslos gewordenen Arbeitern und Angestellten ein Anspruch auf die Erwerbslosenunterstützung von maßgebender Stelle (Reichsarbeitsministerium? Die Red.) abgesprochen. Mit am stärksten betroffen ist die „Münchener Post", deren Inneneinrichtung zum größten Teil dem hitlerischen Vandalismus zum Opfer gefallen ist. Von den sechs gestohlenen Schreibmaschinen wurden am Dienstag abend zwei Stück wieder dem Besitzer zugestellt und zwar durch einen Dienstmann, dem die Maschinen von zwei unbekannten Männern auf der Straße ausgehändigt wurden.

Um der großen Not einigermaßen abzuhelfen, erlassen Redaktion und Verlag der „Münchener Post" folgenden Aufruf an alle Republikaner und Sozialdemokraten:

„In der Nacht vom 8. auf 9. November haben haßerfüllte Banden, Angehörige „nationaler" Verbände, in den Räumen unserer „Münchener Post" wie Hunnen gehaust und in ihrer sinnlosen Wut alles kurz und klein geschlagen. Der angerichtete Sachschaden geht in Tausende von Billionen. Vieles ist nicht mehr beschaffbar und dauernd verloren. Gleichviel wie diese Wiedergutmachungsfrage gelöst wird, eines steht unbedingt fest: In einer Zeit, da alle rechtlichen, sittlichen und politischen Begriffe sich in heilloser Verwirrung befinden, müssen die geistigen Waffen unserer großen Bewegung schärfer und schneidender geführt werden als je zuvor. Darum helft alle zusammen, daß die Brandstifter und Plünderer ihren Zweck der Lahmlegung der „Münchener Post" nicht erreichen. Alle uns Gutgesinnten mögen nach dem Grade ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ihr Scherflein beisteuern zur Behebung der schlimmsten Schäden. Beiträge wollen unter dem Kennwort: „Münchener-Post-Hilfe 1923" an die Firma G. Birk u. Co. m. b. H., München, Altheimereck 19, Postscheckkonto München Nr. 4199 gesandt werden. Es lebe die unerschütterte Solidarität für die Sozialdemokratie, es lebe Treue um Treue, bekundet durch die Tat."

*

SPD. München, 14. November. (Eig. Drahtber.)

In einer außerordentlich stark besuchten Versammlung nahmen die Funktionäre der freien Gewerkschaften Münchens Stellung zur gegenwärtigen politischen Lage. Der Vorsitzende, Genosse Schiefer, zeichnete in Umrissen ein Bild der jetzigen Entwicklung, aus dem die Funktionäre die notwendigen Richtlinien für ihr Verhalten entnehmen konnten. Die Versammlung, die ohne Störung verlief, erhob scharfen Einspruch gegen das Verbot der sozialistischen Zeitungen und endete mit einem Treuegelöbnis der Münchener Gewerkschaften zur deutschen Republik.

Herr Oberreichsanwalt!

Wann werden Ehrhardt, Roßbach und Kahr verhaftet?

Der aus dem Leipziger Untersuchungsgefängnis geflohene Kapitän Ehrhardt wird vom Oberreichsanwalt steckbrieflich verfolgt. Dennoch darf er öffentlich in München auftreten und jetzt verlautet sogar, daß Kahr ihm die Entlohnung seiner in der Coburger Gegend konzentrierten illegalen bewaffneten Banden zugesichert habe. Ebenso ist gegen Roßbach vom sächsischen Militärbefehlshaber Haftbefehl erlassen. Dennoch darf auch Roßbach seit Wochen in München öffentlich auftreten und er hat sogar aktiv am Putsch im Bürgerbräu teilgenommen.

Allein wegen dieser zwei Tatsachen — ganz abgesehen von den tausendfachen Rechts- und Verfassungsbrüchen, deren er sich seit dem 26. September schuldig gemacht hat — gehört Kahr wegen Begünstigung von Hochverrätern hinter Schloß und Riegel.

Was tut die Reichsregierung gegen Kahr? Ist sich der Reichskanzler dessen bewußt, daß, indem er den Oberreichsanwalt nicht anweist, Kahr sofort zu verhaften, er sich selbst der Begünstigung von Hochverrätern schuldig macht? Da man nicht annehmen kann, daß der Oberreichsanwalt Ebermayer mit sich selbst Schindluder treiben läßt, bleibt nur die Vermutung offen, daß ihm die Reichsregierung weitere Schritte in der Angelegenheit sogar untersagt hat.

Krupp und seine Direktoren freigelassen.

Essen, 14. November.

Nachdem das Mitglied des Betriebsrates der Kruppschen Werke, Müller, dessen Strafzeit im Dezember abgelaufen wäre, in diesen Tagen bereits endgültig aus dem Gefängnis entlassen wurde, wurde nun auch dem seit kurzem aus der Haft beurlaubten Herrn Krupp von Bohlen und Halbach und den Direktoren Hartwig, Bruhn und Oesterlen Strafaufschub gewährt. Die Herren werden ihre Posten innerhalb der Kruppschen Werke wieder einnehmen.

Die Rentenmark im besetzten Gebiet zugelassen.

Köln, 14. November.

Wie die „Kölnische Volkszeitung" erfährt, hat die Interalliierte Rheinlandkommission dem neuen Rentenbankgesetz ihre Zustimmung gegeben. Damit ist die deutsche Rentenmark auch im besetzten Gebiet zugelassen.

Zum Berliner Buchdruckerstreik.

Im Berliner Buchdruckerstreik sind im Laufe der letzten Tage durch das Wehrkreiskommando auf Grund der Verordnung, die den Streik in den Notendruckereien verbietet, einige Verhaftungen von Streikenden erfolgt, die zum Streik aufforderten oder Arbeitswillige aus den Betrieben zurückzuhalten suchten. Es handelt sich nicht um führende Mitglieder des Buchdruckerverbandes, die ihre Aufgabe lediglich in der Leitung des Streiks und in seiner Beilegung auf dem Verhandlungswege erblicken. Eine militärische Ergänzungsverordnung verkündet, daß auch das Streikpostenstehen eine strafbare Handlung ist und sich jeder Streikposten der Gefahr der Verhaftung aussetzt. Ist der Betreffende in einer Notendruckerei angestellt, so läuft er überdies Gefahr, wegen Arbeitsniederlegung verhaftet zu werden. Der Oberpräsident hat seinerseits eine Verfügung erlassen, daß erwerbslosen Buchdruckern, die der Arbeitsaufforderung in Notendruckereien nicht nachkommen, die Erwerbslosenunterstützung gesperrt wird. Auf diesen Verfügungen beruhen die Gerüchte, daß der Streik abflaue, weil sich zahlreiche Arbeitswillige unter den arbeitslosen Buchdruckern fänden. Dies wird vor allem für die Reichsdruckerei behauptet. Tatsächlich geht der Streik unvermindert fort. Am Dienstag wurden in der Reichsdruckerei von 100 Maschinen lediglich 6 in Betrieb gesetzt.

Zu dem Streik der Berliner Buchdrucker nimmt jetzt auch der Vorstand des ADGB. Stellung. Nach seinen Streikregeln gilt der Banknotendruck in der Reichsdruckerei ebenfalls als „lebenswichtiger Betrieb". Voraussetzung für den Streik in der Reichsdruckerei wäre also gewesen, daß der Bundesvorstand vorher um Vermittlung angegangen worden wäre, was leider nicht geschah. Da die Interessen, die im Lohnkampf der Berliner Buchdrucker durch die erlassenen Verordnungen gefährdet werden, die Gesamtarbeiterschaft angehen, hat sich der Vorstand des ADGB. bemüht, eine Grundlage für neue Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium zu schaffen. Außerdem protestiert er gegen die Verordnungen und fordert deren Aufhebung.

Sozialdemokratische Anfragen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: „Die hemmungslose fortschreitende Zerrüttung der Finanzen des Reiches, der Länder und der Kommunen und der daraus folgende Währungsverfall, haben zu einer Stockung in der Produktion, zu einer Anarchie in der Preisbildung und zu einer Unterbezahlung der Arbeitskraft geführt, die eine Hungerkatastrophe in gefährliche Nähe rücken. In den breiten Volksmassen besteht die Auffassung, daß die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung unzulänglich und teilweise unter allzugroßer Schonung leistungsfähiger Volkskreise ergriffen worden sind. Die Unterzeichneten fragen derhalb die Reichsregierung:

1. Wie ist der augenblickliche Stand der Reichsfinanzen? Wie hoch sind die täglichen Ausgaben und Einnahmen?
2. Wie gestaltet sich voraussichtlich der Etat in den nächsten Monaten, in Goldmark berechnet?
3. Welche Maßnahmen hat die Regierung zur Beseitigung des Defizits ins Auge gefaßt? Wie denkt sie sich insbesondere das Verhältnis der Reichsfinanzen zu denen der Länder und Gemeinden?
4. Stehen die zu treffenden Währungsmaßnahmen fest, insbesondere auch die Einlösung der Papiermark in eine wertbeständige Anleihe oder in ein wertbeständiges Zahlungsmittel?
5. Ist sichergestellt, daß die Reichsbank künftighin Kredite ausschließlich auf Goldbasis gibt?
6. Wer trägt die Verantwortung für die Verschleuderung der Goldanleihe und die dadurch bewirkte Schädigung der Reichsfinanzen; welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zu ergreifen, um die durch die verzögerte Zuteilung von Goldanleihestücken entstandenen Privatgewinne für das Reich zu beschlagnahmen?"

Die deutsche Einfuhr.

SPD. Die Gesamtwareneinfuhr nach Deutschland beträgt für September 34 198 000 Doppelzentner gegen 41 203 000 Doppelzentner im Monat August. An Lebensmitteln und Getränken wurden 2 819 000 Doppelzentner gegen 2 531 000 Doppelzentner im Vormonat eingeführt. Bemerkenswert ist das starke Anwachsen der Fleischeinfuhr, besonders der Einfuhr von Gefrierfleisch und Speck, während die Einfuhren von Reis und Mühlenerzeugnissen zurückgegangen sind. Jedoch ist die Einfuhr von Mühlenerzeugnissen immer noch siebenmal so hoch als der Monatsdurchschnitt des Vorjahres. Der Import von Rohstoffen und halbfertigen Waren ging gegenüber August von 36 840 000 Doppelzentner auf 29 839 000 Doppelzentner zurück. Die Einfuhr von Steinkohle und Braunkohle hat ebenfalls einen Rückgang erfahren. Die Einfuhr von Steinkohle ist mit 16 019 130 Doppelzentner immer noch 153 Prozent höher als die Monatsdurchschnittseinfuhr im Jahre 1922. Die Einfuhr von Koks hat sich weiter gesteigert und ist noch immer 9½mal höher als die Monatsdurchschnittseinfuhr im Vorjahre. Bemerkenswert ist das Ansteigen der Einfuhrziffer für Eisen- und Manganerze. Die Ausfuhr hat sich gegenüber dem Monat August von 10 745 000 Doppelzentner auf 11 426 000 Doppelzentner gesteigert. Darunter befinden sich 701 000 Doppelzentner Lebensmittel und Getränke gegen 948 000 Doppelzentner im Vormonat. An Rohstoffen und halbfertigen Waren wurden 7 429 000 Doppelzentner und an fertigen Waren 3 295 000 Doppelzentner ausgeführt. Im Vormonat betrugen die Ziffern 5 963 000 und 3 833 000 Doppelzentner.

Das Elend der Arbeitslosigkeit.

Amtlich wird mitgeteilt:

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland hat infolge der Absperrung des rheinischen und Ruhrgebiets durch die Franzosen einen nie gekannten Grad erreicht. Allein in den besetzten rheinischen Gebieten sind zwei Millionen Arbeitslose. Rechnet man die Kurzarbeiter hinzu, so ist hier mindestens die Hälfte der Bevölkerung von Arbeitslosigkeit betroffen. Auch im unbesetzten Gebiet machen sich die Rückwirkungen der Besetzung mehr und mehr geltend. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen beträgt hier bereits über 700 000, die der unterstützten Kurzarbeiter mehr als 1½ Millionen. Hierzu kommen noch zahlreiche Erwerbslose und Kurzarbeiter, die nach den geltenden Bestimmungen Unterstützung nicht erhalten können. Diese Zahlen werden ergänzt durch die Statistik der Arbeiterfachverbände. Bereits Ende September waren 10 Proz. ihrer Mitglieder arbeitslos, 40 Proz. Kurzarbeiter. In einzelnen Verbänden erfaßte die Arbeitslosigkeit bis zu 30 Proz., in anderen die Kurzarbeit 75 Proz. der Mitglieder. Die Not ist um so größer, als die finanzielle Lage Deutschlands den Unterstützungsmöglichkeiten engste Grenzen zieht.

Man weiß nicht recht, an wessen Adresse die amtliche Deklamation gerichtet ist. An das Inland? Wem soll mit Jammern geholfen werden? An das Ausland? Welche Achtung wird ein Deutschland genießen, dessen Regierung sich in Reden erschöpft, wo es zu handeln gilt. Es wäre wertvoller, zu erfahren, ob die Regierung ernsthaft alles zu tun gedenkt, um die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet zu ermöglichen. Wenn man auf dem Standpunkt steht, den die deutschnational gesinnten Mitglieder der Regierung teilen, daß das Ruhrgebiet doch an die Franzosen verloren ist, dann hat man keine Veranlassung, über die unausbleiblichen Folgen dieser Politik zu jammern. Auch das Arbeitslosenproblem hängt indirekt und direkt mit der katastrophalen Schwäche der Reichsgewalt gegen die Diktatoren des Revolvers und der Schwerindustrie zusammen. Es hilft kein Schwätzen mehr, es muß endlich zugepackt werden.

Und schließlich: Wie sind diese Arbeitslosenziffern mit dem Ruf nach Abschaffung des Achtstundentages und Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit in Einklang zu bringen?

Wilson klagt Poincare an.

Der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, von dem man seit seinem Nervenzusammenbruch im Jahre 1920 so gut wie gar nichts mehr gehört hatte, ist am 11. November, dem Jahrestag des Waffenstillstandes, plötzlich mit einer Rede wieder auf den Plan getreten, die jenseits des Ozeans großes Aufsehen erregt hat. Er schilderte darin in bewegten Worten die unheilvollen Folgen des Fernbleibens Amerikas von den europäischen Angelegenheiten und trat für ein erneutes Eingreifen in die Politik des alten Kontinents ein. Er sagte dabei u. a.:

Die Lage in Europa verschlechtert sich von Tag zu Tag, und als wollten sie den Ereignissen, die sich abspielten, die Krone aufsetzen, sind Frankreich und Belgien dahin gekommen, den Versailler Vertrag als Fetzen Papier zu betrachten.

Da sich Belgien in der Separatistenfrage neuerdings korrekt verhalten hat, hat Wilson offenkundig mit diesem Ausspruch die Ruhrbesetzung charakterisieren wollen. So bestätigt einer der Hauptunterhändler von 1919 nach dem andern — Nitti, Lloyd George, Smuts, Wilson — daß niemals in Versailles auch nur entfernt an die Möglichkeit einer militärischen Besetzung deutschen Gebietes gedacht wurde und daß der Einmarsch ins Ruhrgebiet eine Verletzung des Friedensvertrages darstellt.

Das Erbe eines kommunistischen Finanzministers.

SPD. Dresden, 14. November. (Eig. Drahtber.)

Die Dienstag-Sitzung des Landtages nahm teilweise einen außerordentlich stürmischen Verlauf. Bei der zweiten Beratung des Anleihegesetzes kam der Fraktionsredner der Demokraten auf die Regierungsarbeit des früheren kommunistischen Finanzministers Böttcher zu sprechen. Er verlangte eine Klarstellung darüber, aus welchen etatsrechtlichen Mitteln Böttcher einem jungen Leipziger Bankbeamten, der als sein fachmännischer Berater fungierte, die Bezüge eines Ministerialdirektors gewährt habe. Ebenso müsse festgestellt werden, warum Böttcher bei der Verwendung von 800 Billionen Mark, die vom Reich für den Ausbau der Staatsbetriebe überwiesen, aber lediglich für die Erwerbslosen verwendet wurden, das Bewilligungsrecht des Landtages übergangen habe. Außerdem habe Böttcher Karpfen aus dem Moritzburger Teiche, die nicht dem Staate, sondern dem Pächter gehören, den Erwerbslosen geschenkt. Finanzminister Held erklärte zum gleichen Thema, es lasse sich nicht leugnen, daß die vom Reiche gegebenen Kredite von 800 Billionen Mark rechtswidrig verwendet worden sind. Der Kommunist Böttcher versuchte seine Maßnahmen als Finanzminister zu rechtfertigen, doch wurden seine Behauptungen sofort vom Finanzminister Held widerlegt, der dabei ausführte, daß durch die völlig gesetzwidrige Verwendung von 800 Billionen Reichsgeldern auf jeden Erwerbslosen höchstens 5—7 Pfund Kartoffeln entfallen sind; die ganze Aktion stelle sich infolgedessen nur als eine Verzettelung von Reichs- und Staatsgeldern dar. Die von dem Minister Böttcher „verschenkten" Karpfen sind von einem Teil der Erwerbslosen aus dem Teiche herausgeholt und an Schlemmerlokale weiterverkauft worden. Der Finanzminister schloß mit der Feststellung, daß man mit den von den Kommunisten geübten Maßnahmen den Erwerbslosen nicht hilft, sondern ihre Not nur vergrößert. Ein Teil der Ausführungen des Genossen Held ging im Lärm der Kommunisten unter. Die Sitzung mußte schließlich wegen des Tumultes auf eine Viertelstunde unterbrochen werden.

Das Anleihegesetz fand dann mit 46 gegen 39 Stimmen Annahme. Mit Stimmenmehrheit wurde ferner ein Antrag gutgeheißen, der einen Untersuchungsausschuß zur Nachprüfung der Maßnahmen des Kommunisten Böttcher als Finanzminister verlangt. Ein volksparteilicher Antrag, die Regierung zu ersuchen, nach den Vorgängen Englands, der Vereinigten Staaten und der Schweiz die Arbeitslosigkeit durch Gewährung von Exportkrediten zu vermindern, insbesondere Verhandlungen über die Heranziehung ausländischer Kredite zu fördern, wird von Kommunisten und Deutschnationalen gemeinsam bekämpft. Zu neuen Tumultszenen kommt es, als der Kommunist Siewers versucht, gegen den Willen des deutschnationalen Vizepräsidenten einen Brief zu verlesen, in dem die Brutalitäten der Reichswehr gegenüber den Arbeitern ausführlich geschildert werden. Schließlich mußte die Sitzung abermals unterbrochen werden. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen ließen die Kommunisten niemand mehr zu Worte kommen, indem sie mit ihren Pultdeckeln einen ungeheuren Lärm vollführten. Daraufhin beschloß der Aeltestenausschuß die Vertagung auf Donnerstag mittag 1 Uhr.

Volkswirtschaft.

Zuckerausfuhr und Zuckerkarte.

Das Kabinett hat in der vorigen Woche zur Sicherung der Fettversorgung beschlossen, die Zuckerausfuhr zu forcieren. Wir haben sofort bei Bekanntwerden des Beschlusses angesichts der knappen Zuckervorräte in Deutschland Bedenken geäußert und die sofortige Wiedereinführung der Zuckerkarte verlangt, damit die Versorgung der Bevölkerung mit Mundzucker nicht gefährdet wird. Die Notwendigkeit, unserer Forderung sofort nachzukommen, ergibt sich aus den statistischen Feststellungen über die Zuckererzeugung während der letzten Kampagne. Im Jahre 1913/14 wurden rund 2 720 000 Tonnen Zucker produziert. Während des Krieges und nach dem Kriege ließ das Ergebnis bedeutend nach, weil es an ausländischen eingearbeiteten Arbeitskräften, den sogenannten Sachsengängern, fehlte. Erst im Jahre 1921/22 konnten wieder 1 390 682 Tonnen und im nachfolgenden Jahre sogar 1 455 766 Tonnen erzeugt werden. Dagegen brachte die Kampagne 1923/24 einen empfindlichen Rückschlag, der durch die Mindererträgnisse in West- und Süddeutschland verschuldet worden ist. Die zu erwartenden Mengen werden auf höchstens 1 189 000 Tonnen geschätzt. Damit wird noch nicht einmal 50 Prozent der Friedenserzeugung erreicht. Die nach dem Kriege in Deutschland erzielten Zuckermengen reichten nicht aus, den Bedarf zu befriedigen. So war Deutschland, das vor dem Kriege das Hauptzuckerexportland war und monatlich ca. 93 580 Tonnen ausführte, gezwungen, bedeutende Mengen von Zucker aus dem Auslande einzuführen. Erst im Jahre 1923 gelang es den Maßnahmen der Regierung in Verbindung mit den die Einfuhr hemmenden Auswirkungen der eingetretenen Valutaschwierigkeit den Import ganz bedeutend zu erdrosseln. In der Zeit vom Januar bis August 1923 wurden eingeführt an Rohzucker 1322 und an Rübenzucker 1046 Tonnen gegen 42 187 bezw. 73 986 Tonnen am Vorjahr. Eine bedeutende Minderung der Erzeugung und eine starke Einschränkung der Zuckereinfuhr vom Auslande fallen also in diesem Jahre zusammen. Dazu plant die Regierung, zum mindesten 2 000 000 Doppelzentner zu exportieren, um Devisen für die Fetteinfuhr zu beschaffen.

Das Mißverhältnis zwischen Nachfrage und Angebot muß die Zuckerpreise steigern, sodaß die Versorgung der Bevölkerung mit Mundzucker ernstlich gefährdet ist. Deshalb ist unverzüglich durch Wiedereinführung der Zuckerkarte eine Rationierung der dem deutschen Verbrauch verbleibenden Bestände durchzuführen.

Passivsaldo der Schweizer Handelsbilanz.

Der schweizerische Außenhandel belief sich in den ersten neun Monaten des Jahres 1923 auf 2 777 000 000 Franken gegen 2 606 000 000 Franken im Vorjahre. Die Einfuhr erhöhte sich von 1 356 000 000 auf 1 545 000 000 Franken, dagegen sank die Ausfuhr von 1 248 000 000 auf 1 223 000 000 Franken. Das Passivsaldo der Handelsbilanz, das in derselben Zeit des Vorjahres 108 Millionen betrug, ist somit auf 331 000 000 gestiegen.

Der französische Außenhandel.

Nach offiziellen Mitteilungen hat sich die Handelsstatistik der französischen Republik für die ersten neun Monate des Jahres 1923 ganz erheblich gebessert. Die Ausfuhr betrug 20 400 398 000 Francs, gegen 14 841 860 000 Francs im Vorjahre. Die Einfuhr steigerte sich von 13 187 875 000 Francs auf 18 787 115 000 Francs. Die Einfuhr aus Deutschland sank von 954 828 000 Francs auf 639 928 000 Francs. Desgleichen ist die Ausfuhr nach Deutschland von 1 494 864 000 Francs auf 752 853 000 Francs zurückgegangen.

Auswanderung deutscher Arbeiter.

Infolge der besser werdenden Konjunktur in Amerika ist die nordamerikanische Industrie wieder in der Lage, deutsche Arbeiter aufzunehmen. Bevorzugt werden die Arbeiter aus den deutschen Monopolindustrien. So sind in letzter Zeit viele Arbeiter aus der Schloß- und Schlüsselindustrie und der rheinischen Seiden- und Bandbranche nach Amerika ausgewandert. Die zunehmende Auswanderung deutscher Arbeitskräfte bedeutet nicht nur eine Verpflanzung von Arbeitern, sondern auch eine Verpflanzung alter bodenständiger Industrien, auf die die deutsche Wirtschaft seit Jahren ein Monopol hatte. In letzter Zeit werden auch gelernte Bergarbeiter für Amerika gesucht. Aus dem Bezirk Mansfeld werden größere Auswanderungen von alten geübten Hauern und Schießmeistern nach Amerika gemeldet.

Stinnes in Amerika.

Wie aus Chikago gemeldet wird, hat die Firma Stinnes Fühlung mit der Sinclair-Petroleum-Gesellschaft genommen. Man vermutet eine starke Beteiligung der Stinnesgruppe an den Feldern der Gesellschaft, die im Südosten der Vereinigten Staaten gelegen sind.

Schlechte Lage auf dem deutschen Eisenmarkt.

Die Konjunktur auf dem deutschen Eisenmarkt hat sich in den letzten Wochen weiter verschlechtert. Im besetzten Gebiet sind die Anlagen immer noch nicht in Betrieb gesetzt worden, weil ein Ergebnis der Verhandlungen mit den Franzosen noch nicht vorliegt. Im unbesetzten Gebiet fehlt es an Aufträgen, da die Kundschaft mit ihren Käufen zurückhält, bis ihnen die im Ruhrgebiet lagernden Eisenvorräte zur Verfügung stehen. Viele Bestellungen, besonders aus Süddeutschland, mußten annulliert werden, weil die deutschen Eisenpreise weit über dem Friedens- und dem Weltmarktpreis liegen. So ist z. B. der Auslandsbezug von Walzeisen in der letzten Zeit viel billiger als der Bezug von deutschen Werken. Englisches Stabeisen kostet z. B. 8 Pfd. 10 Schilling, während zur gleichen Zeit das Stabeisen bei einem Goldmarkpreis von 219 rund 11 Pfd. 8 Schilling kostete. Deshalb stellen sich viele Firmen in Deutschland heute schon auf den Bezug von Walzmaterial aus dem Saargebiet, Lothringen, Luxemburg und Belgien ein. Tatsache ist auch, daß ausländische Verkäufer mit ihren Preisen heruntergehen, um den deutschen Markt an sich zu reißen. In der Eisenindustrie verkennt man nicht die drohende Gefahr für den deutschen Binnenmarkt, wenn es nicht bald gelingt, die Eisenpreise herabzusetzen.

Ergebnis der letzten Welternte.

Nach den Berechnungen des Internationalen Landwirtschaftlichen Instituts in Rom übertrifft das Ernteergebnis im Jahre 1923 die Ernte des Vorjahres an Weizen um 10 Prozent, an Roggen um 15 Prozent, an Gerste um 14 Prozent, an Hafer um 15 Prozent. Die argentinische Ernte, die immer von großer Bedeutung für Europa und die Preisbildung auf dem Weltmarkt ist, stellt einen Höchstrekord dar. Sie wird auf 6,8 Millionen Tonnen geschätzt. Das bedeutet eine Steigerung von 31 Prozent gegenüber dem Vorjahre. Nur in Australien konnte der Ertrag nicht gesteigert werden. Sehr günstig ist auch die Maisernte in Nordamerika. Sie wird vorläufig auf 3 029 192 000 Bushels geschätzt. Damit wird das Ergebnis des Vorjahres, in welchem 2 980 700 000 Bushels geerntet wurden, weit übertroffen. Von der vorjährigen Maisernte sind in Amerika noch 83 357 000 Bushels vorhanden.

Devisen-Kurse.

Berlin, 15. November.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		13. November.	14. November.
Amsterdam	1 fl.	243 990 000 000	478 800 000 000
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	30 923 000 000	59 850 000 000
Kristiania	1 Kr.	93 765 000 000	181 545 000 000
Kopenhagen	1 Kr.	107 730 000 000	215 460 000 000
Stockholm	1 Kr.	165 585 000 000	331 170 000 000
Helsingfors	1 finn. Mk.	16 957 000 000	33 516 000 000
Rom	1 Lire	27 930 000 000	53 865 000 000
London	1 £	2793 000 000 000	5486 250 000 000
Neuyork	1 Dollar	628 425 000 000	1256 850 000 000
Paris	1 Frs.	35 910 000 000	69 825 000 000
Zürich	1 Frs.	111 720 000 000	219 450 000 000
Madrid	1 Pesetas	83 790 000 000	103 590 000 000
Wien	100 Kr.	8 994 000 000	17 955 000 000
Prag	1 Kr.	18 354 000 000	35 910 000 000
Budapest	1 Kr.	33 915 000 000	65 835 000 000

Vermischte Nachrichten.

Bestrafte Wucherpropaganda. Aus Karlsruhe wird gemeldet: Das hiesige Wuchergericht hat eine Reihe Vorsitzender badischer Bauernvereine aus verschiedenen Bezirken zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen bzw. hohen Geldstrafen verurteilt wegen Verleitung zu Preistreibereien. Sie hatten in Versammlungen aufgefordert, die Kartoffeln nicht unter 4 Goldmark den Zentner zu verkaufen.

Luftschiffkatastrophen in Polen. Ein Drahtbericht meldet aus Waschau, daß Dienstag ein Heeresflugzeug infolge einer Motorbeschädigung aus der Höhe von 1500 Metern auf das Orangenhaus des Lazienki-Parkes in Warschau stürzte. Der Pilot, Leutnant Szczepanski wurde getötet. Gleichzeitig ereignete sich ein zweiter ähnlicher Unfall in Thorn, wo die Gondel eines Militärluftballons durch Luftwirbel losgelöst und aus einer Höhe von 600 Metern herabgeschleudert wurde. Drei Fliegeroffiziere erlitten den Tod.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber, für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer, für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Schnock.

Ein niederländisches Gemälde von Friedrich Hebbel.

Erstes Kapitel.

Zur Einleitung.

In dem kleinen Marktflecken Y., wo sich jeder Reisende gern so lange aufhält, als er muß, nämlich so lange als die Post ausbleibt, traf ich in den Hundstagen des Jahres 1836 zum letztenmal ein. Der Ort ist einer von denen, wo man nur auf dem Leichenacker erfährt, daß Menschen darin leben, weil eine Reihe ehrwürdiger Grabsteine, die man nicht Lügen zu strafen wagt, versichern, daß Menschen darin sterben. Diesmal kannte ich ihn nicht wieder, und ich würde geglaubt haben, der Postillon sei fehlgefahren, wenn sich nicht der mir unvergeßliche Postmeister, eine lange, dürre, windschiefe Figur, die sich scheu und verlegen in jede Ecke drückt, als ob sie schon durch ihre bloße Existenz zu beleidigen fürchte, aus der Tür geschoben und so meine Zweifel verscheucht hätte. Alle Straßen nämlich, durch die ich kam, waren gedrängt voll von Leuten; kein Fenster, aus dem nicht mehr Köpfe hätten herausschauen wollen, als Platz fanden; auf dem Kirchturm selbst konnt' ich deutlich Hauben und flatternde Schals unterscheiden, und jedes Gesicht, von der alten, halberblindeten Bettelfrau an, die sich mühsam mit der rechten Hand auf ihren Stab stützte und mit der linken die Brille aufsetzte, bis zu dem kleinen weißgekleideten Mädchen mit seinen blonden Locken herunter, trug den Ausdruck der gespanntesten Erwartung. „Was gibt's denn," fragte ich den Postmeister, „ist's Jahrmarkt heut?" — „Den 16. hujus gewesen." — „Feiert der Amtmann oder der Stadtpfarrer das Dienstjubiläum?" — „Herr Pastor primarius Nothnagel hat's schon gefeiert und ist an den Folgen des Schmauses gestorben, und unser Herr Amtmann darf in den nächsten vierzig Jahren an die Ehre noch nicht denken, dazu ist er, mit Erlaubnis zu sagen, noch viel zu jung." — „Gibt's denn Aufstand? Rebellieren die Bürger? Empört sich, was Hosen trägt?" — „Bewahre uns Gott vor Rebellion! Dazu haben wir auch gar keine Zeit, man muß sich tummeln, das liebe Brot zu verdienen und die hohen Steuern zu erschwingen. Nein, die Sache, es kurz zu vermelden, ist die: Ein höchst gefährlicher Verbrecher, ein Bösewicht, der einen greulichen Diebstahl begangen hat und einer Mordtat fähig gehalten wird, wurde gestern zur Haft gebracht und heute, als ihm der Gefangenwärter das Frühstück in den alten verfallenen Turm bringen wollte, vermißt. Da hat denn der Amtmann die gesamte Bürgerschaft aufgeboten, um ihn wieder einzufangen, und wie man vernimmt, so ist' wunderbar genug! geglückt. Nun ist man natürlich begierig — —" Der Postmeister unterbrach sich; denn er bemerkte, daß ich schon längst nicht mehr auf ihn hörte, weil ich sonst über die Explikation das Schauspiel selbst versäumt hätte. Ein Zug, abenteuerlicher, als ich ihn je gesehen, kam die Straße herauf. Zuerst, in grellroten Röcken mit messingnen Knöpfen, an der Seite mächtige Säbel, die das Gehen erschwerten und den Mut gewiß nicht vermehrten, zwei ehrenfeste Männer, voll edlen Selbstgefühls, in denen sich ehemalige Unteroffiziere der Reichsarmee, die vielleicht manche Schlacht mit hatten verlieren helfen, und jetzige Gerichts- und Polizeidiener nicht verkennen ließen. Dann, von zwei lahmen Pferden gezogen, ein Leiterwagen, auf dem der Held des Tages, der Triumphator, saß, dreifach gebunden, als ob er ein Herkules wäre und noch etwas mehr. Hinterher die ganze waffenfähige Mannschaft des Fleckens, mit Mistgabeln, Aexten und Beilen, Stricken, genug mit allen möglichen Dingen, die der Leser nicht erwartet, armiert und nicht ohne Stolz zu Frauen und Töchtern aufblickend und sie mit leichtem Kopfnicken, da die Zeit nichts Weiteres erlaubte, begrüßend. Der Wagen hielt; zwei alte Weiber, wovon eine der anderen ihren breiten Rücken, der ihr das Sehen unmöglich mache, vorwarf, fingen an sich zu prügeln, der Amtmann trat vor mit einem Gesicht, welches halb Fragezeichen war, halb aber auch, der Würde des Amts gemäß, Gedankenstrich. Die Gerichtsdiener machten Front und statteten beide zugleich, also so unverständlich wie möglich, Rapport ab, der Amtmann warf auf den Triumphator einen vernichtenden Blick, den dieser mit seinem ungezogensten Gähnen erwiderte, dann rief er finster aus: „Wo bleibt denn aber Schnock, der Schreiner, daß man ihn beloben, ihm seine Zufriedenheit bezeigen kann?" — „Heda, Meister Schnock, aufgepaßt!" schrien die Gerichtsdiener, das verdrießlichste Gesicht des Amtmanns und den mürrischen Ton seiner Stimme möglichst treu kopierend. Jetzt merkt' ich auf; wer noch nie einen Glücklichen gesehen hat, der betrachte sich einen deutschen Bürger, dem bei irgendeinem Anlaß von Gerichts wegen die Versicherung erteilt wird, daß er ein ganzer Kerl sei. Nicht so schnell, als ich erwartet hatte, aber doch schnell genug, um die Stirnfalten des Amtmanns nicht durch sein Zögern zu verdoppeln, trat aus dem Haufen ein Mann heraus, breitschultrig, von gewaltigem Knochenbau, aber mit einem Gesicht, worauf das erste Kindergreinen über empfangene Rutenstreiche versteinert zu sein schien; ein Bär mit einer Kaninchenphysiognomie. Der Amtmann erteilte ihm ein sparsames Lob wegen seiner bewiesenen Herzhaftigkeit, Schnock senkte wehmütig den Kopf und schickte einen ängstlichen Blick zu den Gefangenen hinüber, der auf seinem Wagen in sanften Schlummer gefallen war oder sich doch stellte, als ob er es wäre. Der Amtmann zog sich in das Heiligtum der Amtsstube zurück, die Gerichtsdiener rissen den Gefangenen von seinem Sitz herunter und schwuren, er solle ihnen nicht zum zweitenmal entkommen, und wenn er auch die Kunst besäße, sich in eine Fledermaus zu verwandeln. Die Menge zerstreute sich, nur Schnock blieb, als hätt' er einen Basilisken gesehen, regungslos auf dem Platze stehn. Der Mann interessierte mich, ich trat zu ihm heran. „Mein Freund," begann ich, „Ihr seid sehr in Gedanken vertieft!" — „Weil ich ein geschlagener Mann bin," gab er zur Antwort. Ich stutzte und fragte weiter: „Wieso? Wie kommt's, daß Ihr dies eben heut, wo Ihr Euch in so hohem Grade die Zufriedenheit Eurer Obrigkeit erworben zu haben scheint, so lebhaft fühlt?" — „Eben darum," versetzte er heftig; „wer bürgt mir, daß der sich im Gefängnis erdrosselt, oder sich mit Glasscherben die Pulsader aufreißt? Gibt's der Herr," er meinte mich, „mir etwa schwarz auf weiß, daß diesen heillosen Sünder in der Einsamkeit die Verzweiflung packt? Und darf ich hoffen, daß er außer dem Diebstahl, wegen dessen ihn der strengste Richter nicht zum Tode verurteilen, ja nicht einmal auf zeitlebens einstecken kann, noch eine Mordtat oder ein anderes Halsverbrechen begangen hat?"

„Von wem sprecht Ihr denn eigentlich?" unterbrach ich ihn. „Nun, von wem anders, als von dem Bösewicht, den ich das Unglück gehabt habe zu arretieren. „Hätt' ich doch lieber zuvor ein Bein gebrochen! Aber niemand entgeht seinem schlimmen Stern, und am wenigsten ich."

„Ich begreife Euch bei Gott nicht!" versetzte ich. „Für jeden ordentlichen Bürger pflegt es ein Fest zu sein, wenn ein dem öffentlichen Wohl gefährlicher Mensch zur Haft gebracht wird."

„O freilich, wenn er nur nicht selbst die Falle war, in der der Fuchs sich erwischen ließ!"

„Ich dächte, das wäre gleichgültig!"

„Wahrlich nicht für einen Mann, der ein Haus hat, das man ihm zur Nachtzeit überm Kopf anzünden kann, und der sich gestehen muß, daß sich in sein Fleisch so gut ein Loch bohren läßt wie in andres. Meint Ihr, der Kerl, der — Ihr könnt's nicht übersehen haben — auf'm Wagen einschläft, während ihn tausend Kehlen mit den greulichsten Verwünschungen überhäufen, werde sich für die Quälereinen, denen er in den Verhören entgegengeht, nicht gegen mich Unglückseligen, dem er das alles verdankt, auf seine Weise erkenntlich bezeigen? Was wird diese Kröte zwischen den finstern Mauern des Gefängnisses aushecken, als giftige Rachepläne? Und wann hat man noch gehört, daß einem Bösewicht mißglückt ist, was er sich vornahm? Höchstens kommt man ihm hintendrein auf die Spur; das weckt aber keinen wieder auf, der einmal mit einer acht Zoll tiefen Wunde auf'm Kirchhof oder sonst wo verscharrt liegt. Dem Schlachtopfer ist's gleichgültig, ob man den Schlächter zu ihm in die Erde steckt."

„Mir scheint, ein Mann, wie Ihr, kann sich seiner Haut schon wehren; Euch geht, deucht mir, zu einem Riesen nicht viel ab, geschweige zu einem tüchtigen Schläger."

„O," versetzte Schnock mit einem Seufzer, „wie oft soll ich diese vermaledeiten breiten Schultern, diese lügenhafte, großprahlerische Leibesgestalt, womit irgendein schadenfroher Teufel mich begabt hat, noch verfluchen! Jeder, der mich kennt, glaubt, daß ich Berge versetzen kann. Warum bin ich unglücklich? Weil ich nicht einen Kopf kürzer bin. Wozu trieb mich meine Neigung in der Jugend, was war der Wunsch meiner Wünsche? Schneider wollt' ich werden, darum bat ich meinen Vater; die führen ein friedsames, geruhiges Leben, sprichwörtlich ist's, daß sie keine Courage haben, man erwartet von ihnen nicht das Unglaubliche. Drang ich mit all meinen Bitten bei dem Vater durch? Junge, sagte er, nicht scherzhaft, sondern in grimmigem Ton, bist du verrückt? Du könntest bei deinen Knochen und Kräften einen Ackergaul ersetzen, und wolltst gleich einem Affen, mit gekreuzten Beinen und löschpapiernem Gesicht hinter dem Fenster auf'm Schneidertisch hocken und Zwirn in die Nadel fädeln? Das ist was für Krüppel, für Lahme und Verwachsene, damit komm mir nicht; du wirst mir, so Gott will! ein braver Schreiner! Natürlich, er war ja selbst ein Schreiner, und das edle Handwerk wär' zugrunde gegangen, hätt' ich ein andres ergriffen. Gott vergeb's ihm, meinetwegen; ich vergeb's ihm nicht, höchstens auf'm Totenbett, wo man alles vergibt!" Schnock ballte die Hand. „Aber, lieber Meister," fragt' ich weiter, „warum ließt Ihr den Dieb nicht entschlüpfen, wenn es Euch so bedenklich schien, ihn festzuhalten? Das stand ja doch bei Euch?"

(Fortsetzung folgt.)

Amtlicher Teil

Die Gutscheine für Gas, Elektrizität und Wasser

kosten am **Freitag** dieser Woche

für Gas 69, Lichtstrom 135, Kraftstrom 90, Wasser in Lübeck 40 bezw. 80, in Travemünde 40, heizbare Räume mit Leitung 60, ohne Leitung 20 Milliarden.

8319) **Städtische Betriebe.**

Barabführung der einbehaltenen Steuerbeträge an Stelle der fehlenden Steuermarken.

Da wiederum durch den Mangel an Steuermarken vielfach die einbehaltenen Steuerbeträge, die in der Zeit vom 10. Oktober bis 10. November fällig waren, mit Marken nicht abgegolten werden konnten, sind letztere in bar von den Arbeitgebern vom 15. bis 20. November einschl. bei der Finanzkasse einzuzahlen.

Die Einlagebogen sind in der üblichen Weise auszufüllen und mit den Steuerbüchern der Finanzkasse zwecks Abquittierung der Beträge vorzulegen. Der Vorlage von mehr wie 3 Steuerbüchern ist zur schnelleren Abfertigung eine Liste beizufügen, auf welcher der Name der abliefernden Firma sowie die Endsumme der einzelnen Steuerbeträge der Arbeitnehmer verzeichnet sind.

Die Steuerbeträge sind auf volle 10 Millionen Mark nach unten abzurunden.

Bei Nichtinnehaltung vorstehenden Termins treten die gesetzmäßigen Aufwertungszuschläge in Kraft.

Lübeck, den 12. November 1923. (8308

Das Finanzamt.

Gewerbliche Anlage.

(Veröffentlicht am 15. November 1923.)

Die Firma Georg Harder, Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft, hierselbst, beabsichtigt auf ihrem in der Ratzeburger Allee Nr. 106 belegenen Fabrikgrundstück einen Luftdruckhammer aufzustellen (§ 16 der Gewerbeordnung).

Einwendungen gegen das Unternehmen sind binnen 14 Tagen, vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei dem unterzeichneten Polizeiamt anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen in dem Verfahren nicht mehr angebracht werden (§ 17 der Gewerbeordnung).

Zeichnungen und Beschreibungen der Anlage liegen im Zimmer 24 des neuen Polizeidienstgebäudes am Dom zur Einsicht aus. (8303

Lübeck, 10. Nov. 1923. **Das Polizeiamt.**

Festsetzung des Wertes der Sachbezüge.

Auf Grund des § 160 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung und des § 1 des Versicherungsgesetzes für Angestellte wird der Wert der Sachbezüge vom **16. November 1923** ab wie folgt festgesetzt:

I. **Voller Unterhalt** (Beköstigung, Wohnung, Feuerung und Beleuchtung):

1. für männliche und weibliche Arbeitnehmer in gehobener Stellung (Aerzte, Apotheker, Inspektoren, Verwalter, Geschäftsführer, Werkmeister, Lehrer, Lehrerinnen, Oberschwestern, Hausdamen u. ähnliche) täglich Mk. 96 Milliarden,
2. für sonstige männliche und weibliche Arbeitnehmer, ausgenommen die unter 3 Aufgeführten, täglich Mk. 84 Milliarden,
3. für Lehrlinge (auch Lehrmädchen), Dienstmädchen und Flickfrauen täglich Mk. 60 Milliarden,
4. für in der Schiffahrt beschäftigte Personen
   a) Kapitäne, nautische und technische Schiffsoffiziere und sonstige im Offiziersrang stehende Glieder der Besatzung täglich Mk. 120 Milliarden,
   b) alle übrigen Personen täglich Mk. 90 Milliarden.

II. Wird **nicht** voller Unterhalt gewährt, so treten an Stelle der vorstehenden Gesamtsätze folgende Einzelsätze:

a) nur für Beköstigung 4/5
b) nur für Wohnung, Feuerung und Beleuchtung 1/5
c) nur für Mittagessen 2/5
d) nur für Morgen- und Abendbeköstigung je 1/5

der vorstehend unter I, 1—4 genannten Sätze.

III. **Wert der Sachbezüge von Deputatempfängern:**

1. Acker- u. Gartenland	Mk.	1860	Milliarden,
2. Wohnung	„	30	„
3. Feuerung	„	12000	„
4. 1 Liter Milch . . .	„	36	„
5. 1 Ferkel	„	6000	„
6. 1 Zentner Getreide .	„	1600	„

Der stündliche Deputatwert bei 2500 Pflichtarbeitsstunden jährlich beträgt rund Mark 38 325 000 000.

Für andere Personen und Bezüge erfolgt die Festsetzung nur auf Antrag.

Lübeck, den 15. November 1923.

8320) **Das Versicherungsamt.**

Am 16. November 1923, vorm. 8¼ Uhr, wird der Kapitän Sven **Olsson** vom Motorsegler **Ala** wegen seiner Reise von Lübeck nach Otterbäcken im Gerichtshause, Große Burgstraße 4, Zimmer 9 Verklarung ablegen. (8322

Amtsgericht Lübeck.

Nichtamtlicher Teil

2 Steppdecken, Damen-Wäsche und Strümpfe geg. Kartoffeln zu tausch. gesucht. Ang. unt. **C 452** an die Exp. d. Bl. (8314

Wer malt künstlerische Plakate? Ang. unt. **C 451** an die Exp. d. Bl. (8313

Wir empfehlen:

Ia. mitteldeutsche Braunkohlen-Briketts

zum Preise von 2 Goldmark.

Meyer & Burmeister,

8309) **Hundestraße 76.** — Telephon 1750.

Preiswert u. gut

muß ein Waschmittel sein, wenn es seinen Namen verdienen will. Unter der Fülle der auf dem Markt befindlichen Waschmittel gibt es eins, das sich in steigendem Maße der Beliebtheit der Hausfrauen erfreut:

Persil das unübertroffene Waschmittel

Es verbindet Wirtschaftlichkeit mit bequemster Anwendungsweise. Einmaliges kurzes Kochen gibt bei schonendster Behandlung eine tadellose Wäsche. Persil soll stets allein und ohne Zusatz verwandt werden und ist am ergiebigsten, wenn es in kaltem Wasser aufgelöst wird.

Ein Versuch lohnt!

8092

Erst Erdal, dann ein Bürstenstrich. Schon glänzt der Schuh fein säuberlich.

Erdal

Werner & Mertz A.-G. Mainz

8258

Pickel, Mitesser verschwinden nach kurzem Gebrauch von (8307 **Steen's Glycerin-Milch Seife**

Engros-Niederlage: **Harloff & Schulz, Lübeck.**

DAMENKLEIDERSTOFFE

in reichhaltiger und gediegener Auswahl empfiehlt zu konkurrenzfähigen Preisen, da **direkt** ab **sächsischer** Fabrik,

F. Spethmann, Breite Str. 31

(im Hause Arnold Berg)

8304) **Etagengeschäft.**

Felle kauft höchstzahlend **Isaac Frankenthal** Beckergrube 53. Tel. 8641.

8299) **Haare**

Suche Beschäftigung in Reinmachen, Waschen oder sonstiger Arbeit. Ang. unt. **C 453** an die Exp. d. Bl. (8317

Beitragskassierer für Holstentor u. Burgtor werden sofort benötigt. (8316 Parteisekretariat, Johannisstraße 48, I.

Entlaufen ein Weißhund Gegen Belohnung abzugeben Heimstädten, Vorwerk 10. (8305

Alle **Arbeiter** kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (8301 **Otto Albers** Markt 4 Kohlm. 10

8311

Freitag u. Sonnabend: **Pa. Füllenfleisch ff. ger. Mettwurst gef. u. Knackwurst Fr. Kollmann** Reiferstraße 8.

Halth. Hosenträger Dauerwäsche Krawatten 8310 in großer Auswahl **Seiden-Schals Aug. Janeusch,** Sandstraße 6.

Brillanten große Objekte, Gold-, Silber-, Münzen-, Platin- alte Gebisse kauft ständig **Alfred Frick, Hüxstr. 63.** 8280

König kauft Felle

Beste Verkaufsstelle für Händler u. Jäger!

Karl König (8193

Hamburg,	Bergedorf,	Leipzig,
Zeughausmarkt 2.	Kuhberg 2.	Packhofstraße 3.
Fernruf Merkur 5428.	Fernruf Nr. 777.	Fernruf Nr. 29 519.

Eigene Fabrik für Pelzveredelung!

28 500

Mitglieder der freien Gewerkschaften, der freigewerkschaftlichen Angestellten-Verbände und der Gewerkschaften der Beamten in Lübeck

lesen den

Lübecker Volksboten als offizielles Publikationsorgan des ADGB., der Afa und des Allg. Deutschen Beamtenbundes. Wer erfolgreich inserieren will, benutze daher den

„Lübecker Volksboten"

Nur Markthalle Stand 16 u. 34

Kaufte günstig einen Posten (8321

dickfette junge Ochsenherzen

Pfund 150 Milliarden.

Gebe trotzdem noch 20 Prozent bei Goldmark.

Der Neue Weltkalender von 1924

ist erschienen. Grundpreis 30 Pfg.

Buchhandlung des Lübecker Volksboten, Johannisstraße 46.

J. H. Pein Lübeck Markt 10/12 Breite Straße 64/68. Das bekannte Kaufhaus für (8302 Arbeiter-Garderoben, Berufskleidung, Herren-Konfektion, Knaben-Konfektion. Erstkl. Manufakturwaren.

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Luisenlust.

Jeden Freitag: **Gr. Tanzkränzchen.** 8308

Lübeckisches Sinfonie- und Stadttheater-Orchester.

Morgen Freitag, 16. Novbr., 7½ Uhr:

Großes volkstümliches Konzert (Ein Abend im Reiche der heiteren Musik) im Gewerkschaftshaus.

1. Teil: Direktion Kapellmeister **Karl Mannstaedt.**
2. u. 3. Teil: Direktion **Oskar Fetras.**

Eintritt nur 25 Pfg. Im eigenen Interesse bitten wir die Konzertfreunde, die Vorverkaufsstellen im **Gewerkschaftshaus**, bei **Buse** und **Borchert**, Breite Str., **Barnekow**, Hüxterdamm, Warenabgabestellen des **Konsumvereins** zu benutzen. (8312

Holzarbeiter-Verband.

Freitag abend 7 Uhr: **Versammlung** im Gewerkschaftshaus. 8315)

Trocadero. Schüsselbud. 4. F. 787

Täglich ab 5 Uhr nachmittags: **Stimmungs-Konzerte.** 8268

Hansa-Theater.

Nur noch **2** Aufführungen: Donnerstag und Freitag, 7½ Uhr (8310

Frühlingssee.

Sonnabend, 7½ Uhr: **Das Glücksmädel.** Operette in 3 Akten von Schwartz.

Stadttheater Lübeck.

Freitag, 7,30 Uhr: Hölle, Weg u. Erde.

Sonnabend, 7,30 Uhr: Volksbühne: (8298 Propheten.

Lübecker Volksbote

Beilage. Donnerstag, 15. November 1923. Nummer 262.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 15. November.

Die Kinder gehen zugrunde.

Die „Leipziger Lehrerzeitung" bringt den Wortlaut einer Anzahl Entschuldigungszettel, die das Elend der Schulkinder grell beleuchten. Die „Lehrerzeitung" schreibt:

„Eine Mutter entschuldigt ihr Kind damit, daß sie es zu Bette gelegt habe; im Bette höre wenigstens das herzzerbrechende Weinen und Betteln nach Brot auf. Ein Vater, der sein Kind mit leerem Magen in die Schule schicken mußte, kommt während des Unterrichts zu dem Lehrer mit der Bitte, ihm das Kind auf kurze Zeit mit nach Hause zu geben. Er habe ein paar Kartoffeln gebettelt und gekocht und wolle nun sein Kind mit essen lassen. In einer Klasse sind dem Lehrer folgende drei Entschuldigungszettel zugestellt worden: „Sie werden entschuldigen, daß ich meinen Sohn heute nicht zur Schule schicken konnte. Mein Mann ist arbeitslos und wir haben nichts zu essen." „Entschuldigen Sie bitte, daß mein Sohn erst jetzt zur Schule kommt. Seit Sonnabend früh haben wir kein Brot im Hause. Wenn mein Mann Lohn bringt, ist das Geld bei sieben Personen auch gleich wieder alle." „Teile Ihnen mit, daß wir seit Freitag nichts zu essen gehabt haben, und daß ich die Kinder nicht mit leerem Magen in die Schule schicken konnte."

Aus den uns weiter zugegangenen Entschuldigungsschreiben greifen wir die aus zwei Klassen heraus: „Ich konnte mein Mädchen nicht zur Schule schicken, da ich ihr kein Brot mehr geben kann." „Senden Sie, bitte, meinen Sohn um 10 Uhr nach Hause, da ich kein Brot kaufen kann. Er soll nicht hungrig den ganzen Vormittag in der Schule bleiben. Ich schreibe das so offen, denn heute ist es keine Schande, ohne Geld zu sein." „Meine Kinder haben schon gestern nichts zu essen gehabt, weder Brot noch sonst etwas Warmes. Mit leerem Magen kann ich sie nicht zur Schule schicken." „Der Wahrheit die Ehre gebend, will ich Ihnen sagen, daß es unmöglich war, die Gerda noch geistig anzuregen, da diese seit Sonntag mittag das letzte karge, ohne Fett gemachte Mittagessen im Leibe hatte. Ich bin daher zu einigen Bekannten gegangen, damit sie wenigstens ein kleines Bemmchen bekam." „Entschuldigen Sie Käthes Ausbleiben am Sonnabend und heute. Sie hat sich sehr gebrochen, meist Galle und Schleim. Es ist vielleicht das wenige fettlose Essen, das ich ihr nur geben kann; es ist zu schlimm." Dieses Kind hat häufig weder ein erstes noch ein zweites Frühstück. „Ich kann mein Kind nicht in die Schule schicken, weil es so hungern muß. Seit mein Mann tot ist, haben wir noch kein Mittagbrot gegessen, ab und zu einmal aus der Speisewirtschaft. Ich muß gewärtig sein, der Junge bricht mir zusammen. Ich selbst kann mich kaum auf den Beinen halten. Wenn man nichts ißt, als alle Tage ein Stück Brot, das soll Kraft machen, und auch noch trocken, selten etwas Marmelade. Und jetzt haben wir gar keins. Es kommt bei ihm nur Schleim heraus. Wenn es bloß alle wäre, daß man nicht so dulden muß. Es ist zum Erbarmen, wenn man seinen Körper sieht."

Wir können diese erschütternden Erzeugnisse furchtbarster Not fortsetzen. Unter der vollkommensten aller Wirtschaftsformen, wie vorgeredet wird, wird der letzte Rest der Volkskraft, wird die Zukunft unseres Volkes vernichtet. Bei gefüllten Scheunen, nach einer der besten Ernten, die Deutschland seit langen Jahren aufzuweisen hat, bei Riesengewinnen und Ansammlung größter Vermögen in Industrie, Handel und Landwirtschaft verhungert buchstäblich das Volk, verhungern unsere Kinder. Die Kinder, von denen wohl überhaupt nur ganz wenige, solange sie leben, ausreichend genährt worden sind. Wie lange werden sie mit ihren geschwächten Körpern dem Hunger noch widerstehen, in ungeheizten oder mangelhaft geheizten Räumen, mit Kleidung, die kaum noch die Blöße bedeckt, ohne ordentliches Schuhwerk in den Wintermonaten?

Es ist die vielgepriesene kapitalistische freie Wirtschaft, die die armen Kinder, Frauen und Männer so leiden läßt. Die Sozialdemokratie fand in ihrem jahrelangen Kampf um eine regulierte Wirtschaft nicht das notwendige Verständnis und keine ausreichende Unterstützung. Nicht einmal bei den Lohn- und Gehaltsempfängern. Auch diese ließen sich von der bürgerlichen Presse beeinflussen, die der Sozialdemokratie nachsagte, sie wolle Handel und Wandel unter die Fuchtel der Bürokratie bringen, die Kriegswirtschaft verewigen. Die Sozialdemokratie wollte keine Bürokratie und keine Erstarrung, sondern planmäßiges Wirtschaften, das von einer Verantwortung getragen ist, das nicht von Willkür und Spekulation zu einem Höllentanz gemacht wird. Man wird in Deutschland dazu kommen müssen, weil ein anderes Deutschland nicht bestehen kann. Man wird dazu kommen, wenn Millionen gestorben und verdorben sind.

Ein Feuer entstand am Mittwoch abend gegen 9 Uhr in der Alfstraße. Im Dachstuhl des dem Buchbindermeister Linn gehörigen Hauses war ein Brand ausgebrochen, der alsbald beträchtlichen Umfang annahm, durch tüchtiges Zugreifen der Feuerwehr aber rasch bekämpft werden konnte. Leider erforderte das Feuer auch ein Menschenopfer. Auf dem Boden wohnte eine 70jährige Frau Klug, die in der Angst alle Türen aufriß und dadurch das Feuer noch mehr schürte. Die kränkliche und unterernährte Frau fand leider den Erstickungstod. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Ein Bodenraum ist völlig ausgebrannt, während die tiefer liegenden Räumlichkeiten durch Wasser sehr geschädigt wurden.

Goldanleihe. Wie uns die Reichsbankstelle mitteilt, kann sie Zeichnungen auf Goldanleihe wegen Mangels an Stücken nicht mehr entgegennehmen. (8318

Die Einheitssätze für die zweite und erste Wagenklasse im Reichsbahnverkehr werden vom 1. Dezember ab von 9,9 und 19,8 Pf. auf 6,6 und 13,2 Pf. für das Kilometer herabgesetzt. In gleicher Weise werden auch die Schnellzugszuschläge in der zweiten und ersten Klasse ermäßigt. Das Spannungsverhältnis der einzelnen Klassen, das heute 1 : 1½ : 4,8 : 9,7 beträgt, wird hierdurch auf 1 : 1½ : 3 : 6 festgesetzt. Der Gepäcktarif der Reichsbahn wird dahin ermäßigt, daß er nach dem um 30 Prozent erhöhten Eilguttarif berechnet wird. Als Mindestfracht werden 20 Pf. erhoben. Das Mindestgewicht von 10 Kilogramm bleibt bestehen.

Die Ursache der Sperre über die Firma Thiel. Durch den unglücklichen Ausgang des Kampfes in der Metallindustrie scheint den Industriegewaltigen der Kamm geschwollen zu sein, sie wollen ihr Diktat in der Lohnpolitik auch andern Berufszweigen aufzwingen. Die baugewerblichen Arbeiter haben durch einen Schiedsspruch, der gefällt wurde unter Beisein eines Vertreters vom Reichsarbeitsministerium, ab 1.—14. November in der Spitze 60 Pfg. Goldlohn erhalten. Dem Spruch wurde unter dem Zwange der Verhältnisse von beiden Parteien zugestimmt. Es wird ja nun niemand behaupten wollen, daß die Bauarbeiter mit diesem Stundenlohn ein Schlaraffenleben führen können. Im Gegenteil, die 60 Pfg. haben seit dem Abschluß vor 8 Tagen bei der wahnsinnigen Preissteigerung die halbe Kaufkraft verloren. Aber die Firma, die in den letzten Jahren Riesengewinne verbaut hat und ihre Produkte für ausländische Zahlungsmittel absetzt, glaubt die ungeheure Arbeitslosigkeit im Baugewerbe für ihre Zwecke ausbeuten zu können. Die Maurer und Zimmerleute wurden vor die Alternative gestellt, entweder auf den Tariflohn zu verzichten und für den Fabriklohn von 12 Pfg. zu arbeiten, oder Entlassung. Die Maurer haben es abgelehnt, zu Schurken und Verrätern an ihren Berufskollegen zu werden. Wie diese, so erwarten auch wir, daß alle Kollegen dieselbe Solidarität üben. Wir rufen Euch deshalb zu: Bauarbeiter, bewahrt Euren alten Kampfgeist, dann wird auch der Ansturm der Schlotjunker abgewehrt.

Die Vorstände der Bauarbeiter und Zimmerer.
J. A.: A. Kleinfeld.

Alles wird wieder teurer.

Die künstliche Niedrighaltung des Dollarkurses und dessen Angleichung an den Auslandskurs wirkt sich wieder einmal katastrophal aus. Die Preise für alles Lebenswichtige haben sich verdoppelt und verdreifacht. Das Brot kostet heute 180 Milliarden, Kartoffeln das Pfund 10½ Milliarden, Margarine wird etwa 250, Schmalz, soweit es zu haben ist, 360 Milliarden kosten. Gefrierfleisch kostet 390, frisches Fleisch 600—700 und Hammelfleisch gar 750 Milliarden Mark. Wurstwaren stehen um 800 Milliarden herum. Und so könnte man die Liste fortsetzen. Gas muß mit 46 Milliarden pro Kubikmeter bezahlt werden, und wer Koks braucht, muß für einen Zentner die kleine Summe von **einer Billion 450 Milliarden** bereitliegen haben. Das Hungern und frieren wird weitere Kreise erfassen, die Unterstützungen und Löhne sind zerronnen, ehe sie in die Hände der Darbenden kommen.

Das Verfahren bei Gasgutscheinen.

Die Betriebsbehörde schreibt u. a.: Als im August mit rückwirkender Kraft wochweise die Preise infolge der starken Geldentwertung festgesetzt werden müßten, traten Klagen über dieses Verfahren an die Verwaltung der Werke heran, welche damit begründet wurden, daß durch das Steigen der Preise von Woche zu Woche eine differenzierte Behandlung der Abnehmer eintrete und daß andererseits diejenigen Kreise, welche wöchentlich ihre Bezüge erhalten, nicht in der Lage wären, infolge der Geldentwertung Rücklagen zur Bezahlung der Monatsrechnungen zu machen. Um diesen Wünschen möglichst weit entgegenzukommen, wurde dann mit der September-Ablesung der Verkauf von Gutscheinen eingeführt. Im Gegensatz zu anderen Städten, wo die Gutscheine meistens nur die Gültigkeit für einen Monat haben, wollte man den Abnehmern dadurch entgegenkommen, daß man die Dauer der Gutscheine auf 8 Wochen verlängerte. Es konnten dann, falls ein Uebereinkauf stattgefunden hatte, die Gutscheine des letzten Einkaufs stets noch für die Ablesungen des nächsten Monats benutzt werden. Der Ableseturnus ist bei Einführung der Gutscheine in keiner Weise verändert worden. Er erfolgt allmonatlich in 3 Wochen und zwar wird in der 1. Woche die Altstadt, in der 2. Woche St. Jürgen und St. Gertrud sowie ein Teil von St. Lorenz, nämlich die Straßen Katharinenstraße, Marienstraße, Karlstraße, Einsiedelstraße und Schwartauer Allee von Nr. 1—85 und in der 3. Woche St. Lorenz abgelesen. Die 4. Woche dient zur Einholung der Reste und zur genauen Abrechnung. Um in der Zukunft verkehrte Käufe von Gutscheinen zu vermeiden, hat die Betriebsbehörde in der gestrigen Ausgabe eine Ablesungsliste veröffentlicht, die jeder einzelne Abnehmer sich ausschneiden und merken soll. Da die Serie der jetzt in dieser Woche herausgegebenen Gutscheine bis zum 12. Januar geht, haben also die Gutscheine für die Bezirke II und III im November für sämtliche Bezirke im Dezember und auch noch für den I. Bezirk im Januar Gültigkeit. In den nächsten Wochen werden die Gutscheine jeweils um eine Woche verlängert. Ihre Gültigkeit wird dann stets bekanntgegeben.

*

Das Praktische dieser Gasgutscheine haben wir von der Direktion der Betriebsbehörde nun schon ein halbes Dutzendmal aufgetischt erhalten. Und doch sind wir der Freude nicht ganz teilhaftig. Bei dem sich fast täglich um viele Millionen erhöhenden Gaspreisen verliert auch der Gutschein für sehr viele den Wert, weil sie die Gutscheine einfach nicht mehr kaufen können. Für alle diese Zahlungsschwachen sind die Ablesefristen viel zu lang. Die Verbraucher, die das Geld nicht auf dem Haufen liegen haben, um sich Gutscheine zu kaufen, erfaßt ein Grauen, wenn sie die Preisdiktate der Betriebsbehörde sehen. Ihre Rechnung wird über den Haufen geworfen, wenn die letzten paar Tage vor dem Ablesen der Preis so in die Höhe schnellt, wie in der letzten Zeit. Kürzere Ablesefristen müssen auf alle Fälle eingeführt werden. Ein paar Beamte mehr und etwas fixe Arbeit, dann wird Hunderten von Familien mancher Schmerz erspart. Es geht auf die Dauer einfach nicht an, daß der mit entwertetem Gelde Bezahlte die Kurssteigerung eines ganzen Monats nur deshalb tragen soll, weil ihm die Mittel zum Gutscheinhamstern fehlen.

Reichsindex.

Steigerung 121,8 Prozent.

Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den 12. November auf das 218,5milliardenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (98,5) beträgt demnach 121,8 Prozent.

Großhandelsindex.

Die auf den Stichtag, 13. November, berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ergibt bei dem amtlichen Dollarkurs von 840 Milliarden Mark das 265,6milliardenfache der Vorkriegspreise und ist gegenüber dem Stande vom 6. November um 106 Proz. gestiegen. Das Goldniveau der Großhandelsindexziffer (1913 gleich 100) hat sich in der gleichen Zeit von 129,0 auf 132,8 oder um 2,9 Proz. gehoben. Von den Hauptgruppen stiegen Lebensmittel (im Großhandel) um 113,8 Proz. auf das 242,8milliardenfache (121,4 Gold), davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln um 90,4 Proz. auf das 189,7milliardenfache (94,9 Gold), Industriestoffe um 95,5 Proz. auf das 308,5milliardenfache (154,2 Gold), davon die Gruppe Kohlen und Eisen um 96,7 Proz. auf das 321,4milliardenfache (160,7 Gold), ferner Einfuhrwaren um 108,6 auf das 257,8milliardenfache (128,9 Gold).

Mit der Dummheit ...! Man macht uns den politischen Kampf wirklich sehr leicht. Zu leicht beinahe. So daß der Beruf bald keine Freude mehr macht. Zu unserer kurzen Polemik mit dem „General-Anzeiger" schreibt dieses edle Blatt gestern noch eine Bemerkung, aus der hervorgeht, daß die verhutzelte Schreiberseele unsere Feststellung entweder nur vom Hörensagen kennt, oder sie in den vergangenen 24 Stunden wieder verschwitzt und verschlafen (!) hat. Denn man höre und staune die neueste Weisheit an, die in dem Vorwurf gipfelt, daß der „Lübecker Volksbote" auf die hysterischen Beleidigungen des „General-Anzeigers" keine andere Antwort geben könne, als daß er sich jetzt an den Lokalredakteur des „General-Anzeigers" wende, und diesem die Aeußerung zuschreibe und nicht dem „General-Anzeiger". Um seine funkensprühende neueste Weisheit dem Schreiber selbst vor Augen zu führen, sei unsere erste Feststellung wörtlich wiederholt:

Wenn man allerdings weiß, welche Ansicht Herr Knie vom „General-Anzeiger" beim Kapp-Putsch zum Besten gab, so wird man seine besondere Liebe für das Hakenkreuz verstehen. „Wenn einige Arbeiterführer niedergeknallt sind, so wird die Arbeiterschaft schon vernünftig werden und wieder zur Arbeit gehen," so meinte damals dieser unabhängige Redakteur eines unabhängigen Blattes, das mindestens zur Hälfte von Arbeitern gelesen wird.

Steht in dieser Feststellung auch nur ein einziges Wort, das mit unserer „Antwort" auf die Beleidigungen des „General-Anzeigers" nicht übereinstimmte? Wir sind auch in der „Antwort" voll und ganz bei unserer ersten Feststellung geblieben. Und wir werden immer dabei bleiben, selbst dann, wenn der „General-Anzeiger" seine ganze Inseraten-Plantage mit heiserem Geschrei von Lüge, Frechheit und Schamlosigkeit anfüllt. Denn — **wir können beweisen,** daß Herr Knie die schamlose Aeußerung gemacht hat. Einem bekannten Bürgerschaftsmitgliede gegenüber! Uebrigens paßt diese Aeußerung zu dem politischen Bilde des Herrn Knie wie der Deckel zu seinem Topf!

Auch die Post nimmt Goldgebühren.

Nachdem vor einigen Tagen schon bekannt geworden ist, daß mit rückwirkender Kraft vom 1. November ab ein wertbeständiges Verfahren zur Einziehung der Fernsprechgebühren eingeführt worden ist, wird jetzt bekannt, daß außerdem vom 15. November ab die Fernsprech- und Telegrammgebühren selbst wertbeständig gemacht werden sollen. Von diesem Tage ab sollen nämlich die Gebühren durch Vervielfachung der Grundbeträge mit dem am Tage der Zahlung geltenden Umrechnungssatz für Steuermarken errechnet werden. Die Grundbeträge sind folgendermaßen festgesetzt: Die Wortgebühr für ein Telegramm im Ortsverkehr beträgt 5 Pf., für ein Ferntelegramm 10 Pf. Für ein Ortsgespräch von einer Teilnehmerstelle oder öffentlichen Fernsprechstelle aus beträgt der Grundbetrag 10 Pf. Ein Ferngespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer kostet bei einer Entfernung bis 5 Kilometer 10 Pf., von 5 bis 15 Kilometer 20 Pf., von 15 bis 25 Kilometer 30 Pf., von 25 bis 50 Kilometer 60 Pf., von 50 bis 100 Kilometer 90 Pf., darüber hinaus für jede angefangenen 100 Kilometer 30 Pf. mehr. Dringende Ferngespräche kosten das Dreifache, Blitzgespräche das Hundertfache der Fernsprechgebühren für ein gewöhnliches Ferngespräch.

Wertbeständige Brot-Gutscheine?

Eine Einrichtung, die bei dem in weiten Verbraucherkreisen noch immer herrschenden Mangel an wertbeständigen Zahlungsmitteln den Folgen der Papiergeldentwertung vorbeugen soll, hat man im benachbarten Ländchen Ratzeburg getroffen. Wie die Blätter melden, erließ der Rat der Stadt Schönberg eine Bekanntmachung, daß für die laufende Woche erstmalig Brotkarten ausgegeben werden unter folgenden Bedingungen: Der Preis eines Gutscheines für ein Brot wird Sonnabends festgesetzt nach dem dann gültigen Kornpreise. Die Karte gilt für eine Woche, sie muß natürlich bei ihrer Entnahme (Sonnabends) bezahlt werden. Eine Rückzahlung findet nicht statt. Das fällt jedoch wenig ins Gewicht, da jede Familie mit ziemlicher Genauigkeit ihren Wochenbedarf an Brot kennt und ein „Ueberkaufen" selbst vermeiden kann.

Das Ganze ist zwar nur eine Nachahmung der Gas-, Wasser- usw. Gutscheine, aber dennoch von Bedeutung, da es sich um das Hauptnahrungsmittel handelt. Durch Einführung der wertbeständigen Gutscheine auch bei uns ließe sich unseres Erachtens der Zustand vermeiden, daß an gewissen Tagen oder Abenden mit dem besten Willen kein Brot aufzutreiben ist, eine Folge der entweder tatsächlich oder angeblich bevorstehenden Preiserhöhung. Diese Angstkäufe mit ihren Begleiterscheinungen werden zum großen Teil durch die am Wochenanfang bezahlten Gutscheine unterbunden. Haben wir noch ein Landesversorgungsamt? Wenn ja, dann möge es recht bald einmal über die angeschnittene Frage beraten, mit den zuständigen Stellen verhandeln und diese Verhandlungen zu einem befriedigenden Ende führen. In diesem Falle wäre das Landesversorgungsamt nach langer Zeit wieder einmal des Dankes der Verbraucher sicher.

Asba. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten und Angestellten behandelte an ihrem Besprechungsabend vom 13. d. M. das Thema: Die Sozialdemokratische Partei und das Berufsbeamtentum. Der Referent Genosse Dr. Pieth erörterte eingehend die Stellung der großen Demokratien zur Beamtenfrage im Laufe der geschichtlichen Entwicklung und legte dar, welche Freiheiten und Rechte die Beamten insbesondere durch die intensive Arbeit der Sozialdemokratischen Partei erhalten haben. An der Hand des Stenogramms des Weimarer Parteitages geißelte er die Verlogenheit jener Kreise, die behaupteten, die Sozialdem. Partei erstrebe Beseitigung des Berufsbeamtentums. Wie die auf dem Weimarer Parteitage angenommene Resolution Steinkopf beweise, sei gerade das Gegenteil der Fall. Ein wichtiges Recht, das die Sozialdemokratische Partei für die Beamten fordere, das Beamtenrätegesetz, das wir gerade jetzt in Zeiten des Beamtenabbaues so dringend nötig hätten, um der Willkür etwaiger mißgünstiger Vorgesetzter einen kräftigen Riegel vorzuschieben, dieses wichtige Recht sei den Beamten durch die Schuld der bürgerlichen Parteien noch immer vorenthalten. Mit billigen agitatorischen Anfragen und kostenlosen Anträgen wollen jene Kreise die Beamtenhetze überkleistern, die aus Profitinteresse heraus von der Industrie und den ihr nahestehenden parteipolitischen Kreisen wochenlang systematisch betrieben wurde. Die Demokratisierung der Verwaltung sei von jenen Kreisen systematisch hintertrieben worden. Diejenigen Beamten, die wirklich der Knechtseligkeit die Freiheit vorzögen, könnten nicht im Zweifel darüber sein, daß sie Schulter an Schulter zu stehen hätten mit den anderen Gliedern des schaffenden Volkes. Der Referent behandelte dann einige wichtige Fragen, die zurzeit die Bürgerschaft beschäftigen: die Schulverwaltung, die Vereinfachung der Verwaltung und die Senatskrise. — An die sehr beifällig aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine fruchtbare einstündige rege Diskussion an, die auch zur Klärung wichtiger anderer Fragen (Wahl bürgerlicher Deputierter) beitrug. Der Vorsitzende Gen. Frost gab mehrere Eingaben der Asba, die an die Fraktion sowie an die Redaktion gerichtet sind, bekannt. Die Asba stellt sich geschlossen hinter die Fraktion. Gen. Frost kündigte dann mit Zustimmung der Anwesenden eine demnächstige Besichtigung der Bäckerei des Konsumvereins, zu der Gen. Göhr einlud, an und schloß mit einem Appell an weitere kräftige Mitarbeit an den großen Aufgaben der Asba um 10 Uhr die Versammlung.

Die kleinen Geldscheine aus den Sammelkästen der Stadt und der Vorstädte haben bisher etwa 6 Billionen Mark ergeben, eine Summe, mit der manche Not gelindert werden konnte. Trotzdem wird die Bitte ausgesprochen, die Sammelkästen nunmehr mit größeren Scheinen zu füllen. Auch Lebensmittel, Feurung, Schuhzeug und dergl., sind willkommen. Spenden sind abzugeben Johannisstr. 47/49. Fernruf 8744.

pb. **Ladendiebe.** Festgenommen wurde ein aus Hamburg zugereister Arbeiter und ein Handlungsgehilfe. Sie waren angeblich hierher gekommen, um sich die Stadt anzusehen. Bei dieser Gelegenheit waren sie aber in ein hiesiges Hausstandsgeschäft gegangen, hatten sich dort eine Kücheneinrichtung zeigen lassen und vorgegeben, diese mit schwedischen Kronen bezahlen zu wollen. Als der Geschäftseigentümer auf kurze Zeit den Laden verlassen hatte, um sich nach dem Kurs der Kronen zu erkundigen, verschwanden die Beiden unter Mitnahme eines wertvollen Kristallstellers. Sie wurden bald darauf auf dem Bahnhofe angetroffen, als sie im Begriff waren abzureisen. In ihrem Besitz wurde nicht allein der vermißte Kristallteller, sondern noch eine Thermoflasche, ein Rasiermesser, vier Romanbücher und zwei Paar Kameelhaar-Hausschuhe vorgefunden, die ebenfalls von Diebstählen herrühren.

pb. **Diebstähle.** Von einem Anwohner der Katharinenstraße wurde eine verschlossene schwarze eiserne Kassette mit Eisblumenmuster und vernickeltem Griff gefunden und dem Polizeiamt übergeben. — Einem in der Moltkestraße wohnhaften Kaufmanne wurde ein 7 Meter langer Läufer sowie drei Messingstangen gestohlen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Hansa-Theater. Nur noch zwei Aufführungen (Donnerstag und Freitag, 7½ Uhr) finden von dem reizvollen Singspiel „Die Frühlingsfee" statt. Sonnabend gastiert Fräulein Hilde Möbius in der Operette „Das Glücksmädel".

Stadttheater. Freitag: Erstaufführung von Georgs Kaiser „Hölle, Weg und Erde". Dem Schauspiel liegt der Gedanke zugrunde, daß die Schuld des Menschen stets eine Schuld der Menschheit ist und daß nur das Bekenntnis dieser Schuld den Menschen und die Menschheit erlösen könnte. Die Entwickelung dieses Gedankens vollzieht sich in drei Stationen: Von der maskenhaften Bindung der „Hölle" zur Lösung des „Wegs" und zur Erlösung der „Erde". Kaiser hat diesen Gedanken in ein expressionistisches Gewand gekleidet, das die Darstellung wiedergeben muß.

Großes Konzert im Gewerkschaftshaussaal. Das Lübeckische Sinfonie- und Stadttheater-Orchester bietet am Freitag Gelegenheit ein paar fröhliche und genußreiche Stunden für billiges Geld zu genießen. Der Abend ist der heiteren Muse gewidmet. Herr Kapellmeister Mannstaedt wird den ersten Teil dirigieren, für den zweiten und dritten Teil ist der hierorts wie überall sehr beliebte und geschätzte Dirigent und Komponist Oskar Fetras als Gast gewonnen. Der Ueberschuß des Konzertes wird dem kriegsblinden Orchesterkollegen Fritz Schröder überwiesen.

Angrenzende Gebiete.

Gleschendorf. Ueber das letzte Feuer hier wird noch folgendes mitgeteilt: Am Mittwoch, dem 7. d. Mts., entstand hier eine große Feuersbrunst. Die Scheune des Landmannes Duncker ging kurz nach 9 Uhr in Flammen auf. 150 bis 200 Fuder Korn (900 bis 1000 Ztr.), Maschinen, Wagen und viel Geflügel verbrannten. Man vermutet Brandstiftung, eine Annahme die durch das vorgestrige Feuer in Wulfsdorf bestärkt wird. Kurz nach Ausbruch des Feuers erschien die Freiwillige Feuerwehr Gleschendorfs an der Brandstätte. Nur ihrer zielsicheren Arbeit ist es zu danken, daß das Feuer nicht auf die weichgedeckten Nachbargebäude übergriff. Trotz aufopfernder Arbeit der Gleschendorfer Wehr war die Scheune nicht mehr zu retten. Auch die Schürsdorfer Wehr gab ihre besten Kräfte her und zuletzt auch die Hafftruger.

Eutin. Unser Stadtparlament war Dienstag zu einer dringlichen Sitzung zusammengerufen worden. Es handelte sich um die Aufnahme einer Anleihe bis zu 100 000 Goldmark zwecks Beteiligung unserer Stadt an der vom Landesverband beschlossenen Herausgabe von wertbeständigem Notgeld. Man hofft, daß es dann auch unserer Gasanstalt möglich sein wird, unter günstigeren Bedingungen Kohlen einkaufen zu können, was dann auf Gas und Wasser verbilligend werden wird. — Todesfall. Von Soldaten tot aufgefunden wurde in der Nähe des Schießstandes im Forstbezirk Schatthagen die schon bejahrte Witwe Kröger, Weidestraße wohnhaft. Nach Lage der Sache ist Frau Kröger beim Holzsammeln vom Herzschlage getroffen und sogleich verschieden.

Lüneburg. Zweimal zum Tode verurteilt. Der Molkereigehilfe Hans Mönnich, der am 24. Juli die Frau des Försters Gerber und die 17 Jahre alte Stütze Käthe Deppe in Oerrel ermordet hat, mußte sich vor den Geschworenen verantworten. Während der Abwesenheit des Försters hat er die beiden Opfer in der viehischsten Weise abgeschlachtet. Die Verhandlung gab davon ein grauenhaftes Bild. Nach der Tat hat er in aller Gemütsruhe alle Behälter durchwühlt, sich mit Kleidung des Försters versehen, Geld, Schmucksachen und viele andere Dinge gestohlen und ist dann auf einem dem Förster Gerber gehörigen Rade davon gefahren. Der Angeklagte, der erst 23 Jahre alt und seit 1920 schon verheiratet ist, hat ein sehr bewegtes Leben hinter sich und hat schon oft mit dem Gefängnis Bekanntschaft gemacht. Die Geschworenen bejahten sämtliche Schuldfragen. Der Angeklagte wurde daraufhin zweimal zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Hamburg. Todesurteil. Nach zweitägiger Verhandlung verurteilte das Schwurgericht den Händler Büttner wegen Ermordung und Beraubung der Eheleute Rögener in der Preystraße auf Grund des Wahrspruches der Geschworenen zum Tode und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. — Der Doppelmord geschah im April auf bestialische Weise. Einwohner des Hauses Preystraße 14 benachrichtigten die Polizei davon, daß sie die Eheleute Rögener seit einigen Tagen nicht gesehen hätten und sie ein Unglück befürchteten. Auch hatten einige Mitbewohner am Dienstag, 19. April, Schreie gehört, von denen sie aber nicht feststellen konnten, woher sie kamen. Die Polizei ließ die Wohnung öffnen und fand in der Küche liegend die Leiche des Ehemannes Rögener, den Kopf mit einem Mantel bedeckt. Der Schädel war an mehreren Stellen zertrümmert. Die Speisekammertür war verschlossen. Nach deren Oeffnung fand man darin die Leiche der Ehefrau Rögener mit durchschnittenem Nacken und den Kopf in einem Eimer steckend. In ihren Haaren steckte ein Tischmesser. Der Verdacht, die furchtbare Tat ausgeführt zu haben, lenkte sich auf den mit dem Ehepaar Rögener befreundeten Händler Büttner, der einen Handel mit Wäsche und Fleischwaren betrieb und mit Rögener in diesen Geschäften zusammenarbeitete. Einige Tage nach dem Morde hat Büttner dem Ehepaar gehörige Kleidungsstücke verkauft und ist dann verschwunden. Anfang Mai wurde er in Dresden verhaftet.

Bei Einkäufen nehmt man nur zu Informieren unsere Zeitung!

Promenaden-Café und Konditorei
Breite Straße 65 ✳ Fernsprecher 415
Täglich: Künstler-Konzert.

Der beste Schwedenpunsch und Aquavit
Carl Larson & Co.
General-Vertreter:
Swedmark & Lundin,
Export Agenturen Import
Lübeck, Breite Str. 39
Fernsprecher Nr. 2003, 2015 und 2016.

Piano kauft ständig zu höchst. Preisen **Haußmann,** Johannisstr. 14.

Zu **Honigs Tuchlager**
Fleischhauerstraße 71, kaufen
Sie gut, reell und billig
Herren- u. Damenstoffe aller Art.

Buchdruckerei
Friedr. Meyer & Co., Lübeck
Johannisstraße 46 :: Telephon 925
druckt alle im geschäftlichen und privaten Verkehr erforderlichen Drucksachen.

Gummischäden
an Fahrraddecken repariert
Dampf-Vulkanisier-Anstalt
Hermann Wildhagen.
Fabrikmäßig eingerichtet!
Beckergrube 54. Fernruf 8383.

MAASS & CO.
G. m. b. H.
Kohlengroßhandel
Breite Str. 83
✳
Fernsprecher
8604 und 8610.

Emaillehaus Erich Schauer Königstraße 35.

Schweizerhaus Israelsdorfer Allee
Fernsprecher 2394
✳ **Restaurant, Konditorei und Café** ✳ **Angenehmer Familienaufenthalt.** ✳

Kaufen Sie bei mir?
Wenn nicht, dann überzeugen Sie sich durch einen Besuch von der Preiswürdigkeit meiner Ware!
REFORM-WERK
Telephon 2873 ☆ **ROBERT JENTZEN** ☆ **Hüxstraße 50**
Schuhwaren, Reparaturen, Stepperei-Großbetrieb, Gummisohlen und -Absätze, Lederausschnitt.
Alle Schuhmacher-Bedarfsartikel.

Größtes Spezial-Haus
Spille & v. Lühmann
Feine Herren- u. Knabenkleidung.
Elegante Maßanfertigung.

Geschäftl. Rundschau und Dauerfahrplan.
Musterschutz. B. Ohne Gewähr.

Abfahrt der Züge von Lübeck nach
Hamburg: 5^56, 7^47, 9^43 D, 11^00, 1^26, 4^08, 7^22, 8^20 D, 9^35 S.
Travemünde-Niendorf: 5^27 W, 8^00, 2^07, 6^58.
Eutin: 7^14, 12^08, 1^42 D, 2^00, 7^25.
Büchen: 5^00 W, 8^00, 1^30, 6^00. — **Segeberg:** 1^30 W, 7^30.
Kleinen: 7^20, 9^37 D, 12^02, 5^24, 7^53, 9^25. (Ohne Gewähr. — Musterschutz.)

„TROCADERO"
Fernsprecher 787 Schüsselbuden 4
Täglich: Stimmungskonzerte.

Bezugsquellen werden nachgewiesen durch: **Gebr. Siercke, Hamburg** Gr. Bäckerstraße 14. Fernsprecher: Roland 2781—2783.

Bezugsquellen werden nachgewiesen durch: **Gebr. Siercke, Hamburg** Gr. Bäckerstraße 14, Fernsprecher: Roland 2781—2783.

Rostocker Butterhandlung, Lübeck, Beckergrube 9

Café Bernhardt Fackenburger Allee 9
Täglich nachmittags und abends: Künstlerkonzert.

Musik Dietrich Telephon 935
Beckergrube „27"

Rheumatismuskranke! Nicht verzweifeln! Haben Sie schon alles versucht? Die letzte aber sichere Rettung ist **Rheuma Nr. 37.** Zu haben in allen Apotheken!

Franzen & Co. Hüte Mützen
Holstenstr. 21. Herrenwäsche, Krawatten.

Georg Knoop, Fortuna-Drogerie
Moislinger Allee 6a, Telephon 2375.

Aug. Lüders
Spezialgeschäft f. Strumpfwaren u. Wäsche.
Manufakturwaren — Wollumtausch
Hüxstraße 55.

A. N. Becker
Uhren und Goldwaren
Holstenstraße 40.

Soda-Leim
Hans Jacoby, Untertrave 80
Telephon 3086 und 8480.

Reserviert für
Hanseatische Torfverwertungs-Aktien-Gesellschaft
Engelsgrube 44 ✳ Telephon 864

Norddeutscher Warenhandel L. Koeller G. m. b. H., Lübeck, Mengstr. 15, Fernsprecher 3481, 3482. Abtlg. I: Düngemittel, Abtlg. II: Säcke, Abtlg. III: Techn. Abteilung.

Elektro-Motoren-Reparatur-Werk Heinrich Schümann
Schwartauer Allee 14a. Telephon 2832/33.

SCHLUTUP
W. Schild, Schlutup
Das vorteilhafte Einkaufshaus für Damen-, Kinder- und Herrenkonfektion, Manufaktur- und Kurzwaren.

Kaufhaus Max Kankel
Schlutup.